

Landtagsbeilage zur Sächsischen Staatszeitung.

Nr. 119.

Beauftragt mit der Herausgabe: Regierungsrat Dornstedt in Dresden.

1922.

Landtagsverhandlungen.

(Fortsetzung der Sitzung vom 16. Februar.)

Minister des Innern Lipinski:
(Fortsetzung.)

Darüber hinaus ist gegen den Ministerialdirektor Dr. Schmitt der besondere Vorwurf erhoben worden, daß er minderwertige und noch dazu diensthängere Herren tüchtigeren Kräfte vorgezogen habe. Es ist darauf hingewiesen worden, daß die Ernennung eines vorzüglichen Rates im Lande großes Bestreben hervorgerufen habe, da dessen Leistungen unter der Kollegenschaft hinreichend bekannt seien und er auch keine Eignung für das betreffende Amt mitgebracht habe. Der betreffende ist aber in den Akten früher als „vorzüglich in der Gesinnung“ beurteilt worden. Der Entwurf der Ernennung ist von Dr. Schmitt mitgezeichnet. Ein Oberregierungsrat ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Landesversicherungsanstalt ernannt worden, obwohl er niemals in diesem Ressort gearbeitet hatte und von einem Berliner Posten von der sächsischen Regierung völlig abberufen worden war. Von seinem bürgerlichen Vorgesetzten ist er als oberfachlicher Arbeiter mit herrlichem Auftreten bezeichnet worden.

Unterm 1. September 1919 ist ein Regierungsrat zum Amtshauptmann ernannt worden, obwohl er nach zwei Urteilen seiner Persönlichkeit nach für das Amt eines Amtshauptmanns nicht geeignet und auch verdrängt war. (Abg. Dr. Reinhold: Das Gesamtministerium hat ernannt!) Von einem Mitte 1919 ernannten Amtshauptmann heißt es in der Beurteilung: „Hinreichende Aussicht muß ihn bewahren, milder einige und weniger interessante Sachen angeblich lange liegen zu lassen.“ (Heiterkeit links.)

Der Hervorhebung bedarf auch folgende Angelegenheit: In einer Differenz zwischen dem Geh. Regierungsrat Ebmeyer und dem Freiherrn v. Händl, die dadurch entstanden war, daß Ebmeyer dem Amtshauptmann von Leipzig Verletzung des guten Tones und der guten Sitte anlässlich einer Verhandlung vorgeworfen hatte, hatte sich Freiherr v. Händl unter Übergehung des Kreis- hauptmanns Lange unmittelbar an das Ministerium des Innern gewandt. Ministerialdirektor Dr. Schmitt hat die Angelegenheit zwischen beiden zum Austrag gebracht, indem er sein Vorgehen in seinem Schreiben vom 29. März 1920 folgendermaßen begründet:

„Im regelmäßigen Geschäftsgange würde der Kreis- hauptmann darüber zu verfügen haben. Ich glaube aber, daß es im beiderseitigen Interesse liegen muß, eine solche Entscheidung zu vermeiden.“ (Heiterkeit links.)

Ein hinsichtlich seiner Befähigung und Kenntnis gut beurteilter Regierungsassessor wurde unterm 1. März 1920 durch Beförderung des Ministerialdirektors Dr. Schmitt aus der inneren Verwaltung abgedrängt und als Regierungsassessor in ein Oberverwaltungsamt gestellt. Sein Vater ist Elster. Dagegen wurde für einen abligen Herrn mit angeborenem Schwachsin, der den Staatsdienst wegen Unfähigkeit am 31. Oktober 1920 aufgeben mußte, noch eine lange Forderung (Hört, hört! links.), indem die 1. Abteilung des Ministeriums unterm 26. April 1921 an das Polizeipräsidium schrieb: „Der Entschiedenheit des Polizeipräsidiums bleibt es überlassen, ob bei dieser Gelegenheit das von dem Assessor v. X eingereichte Gesuch, das mit beifolgender Beilage versehen ist.“ (Lebhafte Hört, hört! und Zurufe links.)

Ein Beispiel dafür, daß man trotz aller Unfähigkeit als Regierungsassessor in der inneren Verwaltung angestellt werden kann, ist der Fall des Freiherrn v. Händl. In Kiew in Rußland geboren, sein Vater war Großgrundbesitzer, ist er 1908 in Leipzig durch die Referendarprüfung gefallen und hat erst bei dem zweiten Versuche die erste Staatsprüfung mit der Benur IV bestanden. (Heiterkeit links.) 1912 ist er durch Assessorexamen gefallen, und erst die infolge des Krieges eingeführte Notprüfung hat es ihm im September 1914 ermöglicht, diese Prüfung mit der Benur „noch genügend“ zu bestehen. (Heiterkeit links.) Nach der Beurteilung werden seine juristischen Kenntnisse als äußerst lückenhaft bezeichnet, und es wird festgestellt, daß er im Jahre 1915 verschuldet gewesen ist. In den Akten des Justizministeriums befinden sich mehrere Anfragen von Rechtsanwälten, die sich nach dem Aufenthalt des verschuldeten Freiherrn v. Händl erkundigt haben. (Zurufe rechts.) Wäre jetzt, jeder Dienst entlassen. (Zurufe rechts: Auch jetzt noch?) Gleichwohl ist er als Assessor vom 1. April 1916 an zum Dienst in der inneren Verwaltung zugelassen worden, wenn auch mit dem Bemerkten, daß er auf dauernde Anstellung im sächsischen Verwaltungsdienst nicht rechnen könne. Im April und Mai 1916 hat er als Assessor bei der Amtshauptmannschaft Zwickau eine Gastrolle gegeben. Bereits im Juni 1916 ist er Kriegsgerichtsrat. Die Tatsache, daß er ausweislich der Kriegsanzeige bei zahlreichen mobilen und immobilen Formationen Gastrollen gegeben hat und bald in sächsischen, bald in preussischen Diensten geschanden hat, läßt vermuten, daß er überall abgehört worden ist. Im Juni 1919 hat der Freiherr v. Händl beim Ministerium des Innern um Übernahme in den sächsischen Verwaltungsdienst nachgesucht, und die Anstellung im Bereiche der Polizeidirektion Dresden als ihm besonders erwünscht bezeichnet. Obwohl ihm im Juni 1919 vom Ministerium des Innern erzwungen gehen worden ist, daß er auf Übernahme in den sächsischen Verwaltungsdienst nicht rechnen könne, ist Freiherr v. Händl Vorstand

des Bezirksamts für Kriegserfürsorge in Werbau geworden, und zwar seit Februar 1920 mit Genehmigung der IV. Abteilung unter Gegenzeichnung von Dr. Schmitt. (Lebhafte Hört, hört! links.)

Unterm 15. Mai 1920 zeigt der Amtshauptmann v. Römer in Werbau dem Ministerium des Innern an, daß er ohne Genehmigung des Ministeriums des Innern den Vorstand des Bezirksamts für Kriegserfürsorge, Freiherrn v. Händl, als juristischen Hilfsarbeiter der Amtshauptmannschaft in Pflicht genommen habe und sucht um nachträgliche Genehmigung dieser eigenmächtigen Maßnahme nach. Am 28. Mai 1920 hat das Ministerium des Innern die Beschäftigung des Freiherrn v. Händl als juristischen Hilfsarbeiters bei der Amtshauptmannschaft auch genehmigt und erneut eröffnet, daß er keine Aussicht auf dauernde Übernahme in den Staatsdienst habe. Mit Hilfe zweier militärischer Zeugnisse über seine militärische Tätigkeit, ausgehellt vom Württembergischen Kriegsrat Sturm und vom General Köhler, ist es dem Freiherrn v. Händl unterm 1. August 1920 schließlich gelungen, als Regierungsassessor und Staatsdiener im Bereiche des Ministeriums des Innern angestellt zu werden. Die Verfügung ist vom Ministerialdirektor Dr. Schmitt erteilt. (Hört, hört! links und Zurufe: Unglaublich!) Dabei ist in den Akten vermerkt, daß beim Landesamt für Kriegserfürsorge schon mehrfach Klagen und Beschwerden von verschiedenen Stellen eingegangen seien, weil die Geschäfte im Bezirksamts für Kriegserfürsorge in Werbau nicht in der wünschenswerten Weise erledigt würden.

Die IV. Abteilung hatte Freiherrn v. Händl als Vorstand des Bezirksamts für Kriegserfürsorge in Werbau eingestellt und auf Kap. 51 des Haushaltsplans übernommen. Nachdem dies erreicht war, ist von der IV. Abteilung unterm 24. Juni 1921 an die I. Abteilung des Ministeriums der Antrag gestellt worden, den Freiherrn v. Händl nunmehr auf Kap. 43 zu übernehmen. Unterm 11. Juli 1921 hat die I. Abteilung den Freiherrn v. Händl auf Kap. 43 übernommen, und damit war der Freiherr v. Händl auf Umwegen in die innere Verwaltung eingekommen. Dem Minister ist von diesem Vorgange keine Kenntnis gegeben worden. (Lebhafte Hört, hört! links.)

Ich fasse zusammen: mäßige Begabung, reiche Herkunft, Verpöpfung und eine repräsentable Frau waren die Merkmale der früheren Personalpolitik. Und es war höchste Zeit, mit ihr gründlich aufzuräumen. (Lebhafte Hört, hört! links.) Mit Verordnungen allein ist nichts getan. (Sehr gut! links.) Ein Personalwechsel im Personalamt mußte vorgenommen werden (Geneue Zustimmung links.) und wird weiter vorgenommen werden, um Wandel zu schaffen. Wir liegt es fern, aus diesen Vorgängen allgemein den Schluß zu ziehen, daß alle höheren Beamten nicht genügend juristische Kenntnisse besitzen. Es ist zu verwundern, daß trotz dieser Personalpolitik so viele vorzügliche Juristen der Verwaltung angehören. Das angewandte System mußte aber zu einer Geradlinigkeit der Leistungen der Verwaltung führen. (Wa, na! rechts.)

Das muß anders werden. In der inneren Verwaltung soll nur aufgenommen und gefördert werden, wer dazu fähig ist (Zurufe und Bewegung rechts.) und sich vornehmlich auf den Boden der republikanischen Verfassung stellt. Das ist das Ziel der jetzigen Personalpolitik. (Lebhafte Beifall links.)

Nun gestatten Sie mir, nachdem ich aus den Akten Vorgänge vorgetragen habe, zu dem, was der Dr. Dr. Wagner vorgetragen hat — das übrige behalte ich mir für die weitere Darstellung vor — einiges über die persönlichen Angelegenheiten, die er gegen Hr. Dr. Lempe gemacht hat, zu sagen. Ich weiß diese Angelegenheiten, Hr. Dr. Wagner hat nicht den Schimmer eines Beweises dafür erbracht, daß Hr. Dr. Lempe für sein Amt nicht fähig wäre. (Sehr richtig! links.) Ob ich einen Beamten in ein Ministerium aufnehme, der Jurist ist und tüchtig ist, oder ob ich einen Politiker in ein Amt hineinsetze, darauf kommt es gar nicht an. (Zurufe: Bei Ihnen!) Für Sie kommt es nur darauf an, daß es ja kein Sozialdemokrat sein soll. (Lebhafte Hört, hört! links.) R. D. u. H.! Vor etwa zwei Jahren ist unter den älteren höheren Beamten die Verabredung getroffen worden, daß jeder ältere Beamte in seinem Amt bleiben sollte, trotzdem er das 65. Lebensjahr überschritten hat, damit kein solch verdammt Sozi in solch ein Amt kommt. (Zurufe links.) So ist es wirklich. R. D. u. H.! Damit glaube ich einen Teil der Personalpolitik der Vergangenheit, auch soweit Hr. Dr. Schmitt in Frage kommt, dargelegt zu haben. Es zeigt, daß sowohl der Minister als auch der Kreis- hauptmann hintergangen worden sind, wenn es den Zwecken der Beamtenpersonalpolitik diene. (Lebhafte Bravo! links.)

Hierauf wird in die Besprechung der Anfrage eingetreten.

Das Wort zu einer Erklärung erhält

Abg. Müller (Chemnitz) (Soz.):

Im Auftrage meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abgegeben: Wir betrachten die Anfrage als einen weiteren Vorstoß gegen die sozialistische Regierung, im besonderen gegen ihre Beamten. Derartige Aktionen sind von den bürgerlichen Parteien bis zu dem des Radikalismus verdächtigen Zentrumskandidaten schon so oft unternommen worden, daß es sich nicht mehr lohnt, lange darüber zu reden. (Sehr richtig! links.) Der Zweck derselben ist zu durchsichtigen, und auch der größte Teil der Beamten hat bereits erkannt, daß es sich bei solchen Vorstößen nicht um Wahrnehmung von Staats- und Beamteninteressen handelt (Sehr richtig!

links), sondern um reaktionäre Mordbrot. (Lebhafte Hört, hört! links.)

Jur Beamtenpolitik der Regierung im allgemeinen erklären wir im Gegensatz zu den deutschnationalen Fragestellern, daß das, was bis jetzt auf dem Gebiete der demokratischen Umgestaltung der Verwaltung erreicht worden ist, uns durchaus nicht befriedigt. Wir wünschen, daß die Regierung die Demokratisierung des Beamtenkörpers energischer und zielstärker in die Wege leitet. (Bravo! links.) Das ist unsere Erklärung. Dazu noch ein Wort! Man könnte vernein, daß die Ausführungen des Hr. Vizepräsidenten Dr. Wagner, die in hiesiger, verfeinerter Form eine schwere Beleidigung der wirklich freigeordneten Beamten bedeutet, noch zurückzuführen. Aber ich verzichte darauf angesichts des reichhaltigen Materials, das der Hr. Minister des Innern hier vorgebracht hat, und mit Rücksicht auf das, was er weiterhin auf die Anwälte des Hr. Vizepräsidenten Dr. Wagner, der ja berufen ist, die Ordnung dieses Hauses mit zu schützen, geantwortet hat. (Lebhafte Hört, hört! links.)

Abg. Vögel (Dith. Sp.)

Weder die energische Erklärung von dem Kollegen Müller (Chemnitz) noch auch die komische Art, wie der Hr. Minister des Innern (Zurufe links: Komisch!) die Frage beantwortet hat, wird mich abhalten, das zu sagen, was ich sagen möchte. Das heißt, daß der Ministerialdirektor Dr. Schmitt in einer, ich möchte sagen, recht unfeindlichen Weise aus seinem Amte entlassen worden ist (Zurufe links: Ziel zu rücksichtsvoll!), indem er von seiner vorgelegten Dienstbescheinigung zum Schluß noch in einer öffentlichen Zeitung angegriffen worden ist. Der Tag:

Durch Reubelegung der Zeitung der ersten Abteilung des Ministeriums des Innern sollte die künftige Personalpolitik feingemacht werden von Familienangehörigen.

Ich nur dahin zu verstehen, daß der Ministerialdirektor Dr. Schmitt in dieser Beziehung große Fehler gemacht hat und daß er Familienangehörigen zum Siege verholfen hat ohne Rücksicht auf die Tüchtigkeit der Beamten. Es ist etwas sehr Ungewöhnliches, daß man so etwas in die Zeitung bringt, und zwar noch dazu von der vorgelegten Behörde. (Abg. Renner: Weil es unangenehm ist!) Ob das unangenehm ist oder nicht, darauf kommt es weniger an. Aber es ist ein durchaus möglicher und zu verurteilender Zustand, wenn auf diese Weise, ich möchte sagen, parteipolitische Kämpfe auf dem Rücken der Beamten öffentlich ausgetragen werden. (Zurufe links: Durch Ihre Provokation!) Wenn man von Provokation reden wollte, so müßte man davon reden, daß es überhaupt höchst überflüssig war, daß darüber etwas in der Zeitung stand. Freier wurde das so gehalten: wenn Anlaß vorlag, eine Änderung vorzunehmen, so machte man das heimlich. Wenn das die Ertragsfähigkeit der Revolution sein soll, so ist das eine schlechte Ertragsfähigkeit.

Runmehr hat, was die objektive Seite dieser Frage anlangt, der Hr. Minister des Innern uns heute ein ganz gewaltiges Material vorgelegt. Ich muß offen sagen, ich hatte das schon erwartet. Es ist so ähnlich, wie damals bei der Orgehoer- handlung. (Sehr richtig! rechts.) Da kam er auch mit einem Material heraus, ohne daß die geringste Möglichkeit für diejenigen, die anderer Ansicht sind, bestanden hat, dieses Material zu prüfen? (Lebhafte Zurufe links.) Oder verlangt man etwas, daß wir alles das, was der Minister uns vorgelesen hat, als ein Evangelium hinnehmen? Das kann man von uns nicht verlangen. Denn möge dieser Bericht auch auf objektiven Untergrund beruhen, so ist es doch eine ganz bekannte Tatsache, daß es ganz darauf ankommt, von wem, zu welcher Zeit, unter welchen Umständen und mit welcher Tendenz diese Aufstellungen erfolgt sind. (Sehr richtig! rechts.) Jedenfalls ist das gänzlich unangenehm und ich möchte direkt sagen, es widerspricht jedem parlamentarischen Brauche, daß mit einem Male plötzlich ein solcher Überschuß an Material erfolgt, zu dem man nicht Stellung nehmen kann. (Unruhe und Lachen links.) Zunächst gehört ja sehr viel von dem, was vorgelesen worden ist, überhaupt nicht her. Es wird trotzdem alles das, was, um mich so auszudrücken, das frühere Regime betrifft, was damals unrichtig war, auch vor uns zum großen Teil, jedenfalls von mir verurteilt. Auf keinen Fall aber kann Hr. Ministerialdirektor Dr. Schmitt dafür verantwortlich gemacht werden, denn er hat die damaligen Brände nicht geschaffen, er hat die damaligen Verordnungen, insbesondere die Kabinettsordre, herbeigeführt worden ist, nicht gegeben. Es ist aber nicht nachgewiesen worden vom Hr. Minister, der in sehr wichtiger Weise von Familienangehörigen gesprochen hat, daß der Hr. Ministerialdirektor in einzelnen Fällen auf diese sogenannten Dienstverwandtschaften bei Beförderungen Rücksicht genommen hat.

Was der Hr. Minister im übrigen vorgelesen hat, bleibt selbst wenn man es als richtig annehmen würde, immer noch den Beweis schuldig, daß tatsächlich Familienangehörigen, d. h. Dienstverwandtschaften vom Hr. Ministerialdirektor bei der Beförderung von Stellen berücksichtigt worden sind.

Was über die einzelnen Fälle zu sagen ist, so kann man da natürlich heute nicht darauf eingehen. Wenn der Hr. Ministerialdirektor s. B. mit einzelnen Beförderungen nicht einverstanden war und dagegen seine Bedenken geltend gemacht hat, so würde meines Erachtens darin noch nicht einmal etwas zu finden sein. Es wäre aber verfehlt, auf das Material im einzelnen einzugehen, denn es fehlen die Grundlagen dafür, ob sich

bei ganz objektiver Betrachtung auch das Material so verhält, wie es vorgelesen worden ist. Ich möchte nicht unterlassen zu sagen, daß auch der Abtats des Hr. Ministerialdirektors Dr. Schmitt, wie mir heute mitgeteilt worden ist, ein gewisser Obersekretär Müller, gegen den bisher keine Klagen eingegangen waren, abgelöst worden ist, und zwar durch einen Herrn aus Chemnitz, soviel ich weiß, namens Köhler, der Wortführer der Sozialisten ist. (Wah!-Rufe rechts.) Das ist ein Zusammentreffen, das doch erwähnt zu werden verdient. (Zurufe links: Wer hat Ihnen denn das weidgemacht!) Es liegt hier auf unserer Seite doch der starke Verdacht nahe, darin möchte ich Hr. Abg. Dr. Wagner betreten, daß es wieder das gewöhnliche System gewesen ist; es wird bei der Beförderung von Beamtenstellen der parteipolitische Gesichtspunkt in den Vordergrund gerückt, das ist das wirklich Ausschlaggebende. Und das ist das, wogegen wir uns schon sehr oft gewendet haben und uns immer wieder wenden werden.

Ich will auf die Persönlichkeiten, die hier in Frage kommen, gar nicht weiter eingehen, aber das ist ein großer Fehler, wenn man einen Beamten, der sein Amt in Folge jahrelanger Erfahrungen vollkommen beherrscht und der vor allen Dingen seinen Untergebenen überlegen ist, durch einen Herrn ersetzt, der zunächst diese Fähigkeiten ganz unendlich haben kann, denn es liegt ihm zunächst die Vorbildung, die erforderlich ist, einem so schwierigen Posten zu verwalten, und es ist auch fraglich, ob er intellektuell auf derselben Höhe steht wie Hr. Ministerialdirektor Dr. Schmitt. Denn darüber sind sich auch Herren von links nicht im Zweifel gewesen, daß dieser auch intellektuell ein hervorragender Mann gewesen ist. Ich habe gehört, daß auch Rechtssozialisten gesagt haben, daß, wenn es überhaupt jemand verstanden hat, sich in die neuen Verhältnisse hineinzufinden und mit den Parteien gut auszukommen, Hr. Ministerialdirektor Schmitt es gewesen ist. Ich meine, einen solchen Mann schick man nicht weg, wenn es nicht unbedingt notwendig ist. Nun sagt der Hr. Minister des Innern, es ist unbedingt notwendig. Wenn man das alles so annimmt, wie er es vorgelesen hat, dann muß ich mich doch aber wundern, warum vor allem kein Disziplinarverfahren gegen Hr. Ministerialdirektor Dr. Schmitt eingeleitet worden ist, denn das sind ja alles ganz erhebliche Verfehlungen. Bei einem Disziplinarverfahren hätte er sich auch gegen das alles verteidigen können, aber was hier im Landtage gesagt wird, gegen das kann er sich nicht verteidigen, er muß das alles so hinnehmen. Im übrigen muß man sich wundern, daß diese Posternwirtschaft so lange gebuldet worden ist. Es sind doch nach verschiedenen Vorgängen vom Hr. Minister Lipinski beigegeben. Es bleibt für uns also doch als Untergrund bestehen, daß dieses Prinzip, möglichst nur nach dem politischen Bekenntnis zu fragen, durchgeführt werden soll, und zwar in einer übertriebenen, das Staatsleben schädigenden Weise. Das wird ja auch bei jeder nächsten Gelegenheit betont, und ich muß es sehr bedauern. Ich möchte nicht daran vorbeigehen, daß der Hr. Wirtschaftsminister bei seinen Reden neulich in Reichen und Trauten, die großes Aufsehen erregt haben, in dieser scharfen Weise sich auch auf diesen Standpunkt gestellt hat. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Verwaltungstechnische und verwaltungswirtschaftliche Gesichtspunkt bei der Beförderung von Beamtenstellen an allererster Stelle steht, und daß das politische Moment demgegenüber zurücktreten muß. Wir kommen sonst zu einem ganz unzulässigen Beamten- tum (Lebhafte Hört, hört! rechts.) und kommen, das ist die Hauptsache, das hat Hr. Kollege Dr. Seifert am 4. Oktober schon genügend hervorgehoben, zur Arbeiter- und Arbeiterfrage. (Lebhafte Hört, hört! rechts.) Wenn sich jemand bei seinen Vorgesetzten einschmeicheln will, so ist das der bequemste Weg, wenn er es auf diesem politischen Gebiete tut und sich dadurch eine gute Nummer verschafft. (Zurufe links: Den schmeißen wir hinaus!) Diese Gefahr liegt dann vor, wenn man die Demokratisierung und Politisierung des Beamtenkörpers überstreift. Wenn wir einmal zur Regierung kämen — (Lachen links.) das wäre doch nicht ganz unmöglich —, würden diejenigen Beamten, die bei der Bewerbung um die Stellen über, um bei ihrer dienstlichen Tätigkeit Erfolg zu haben, einen politischen Gesinnungswandel vornehmen, (Abg. Schwarz: Die schmeißen wir raus!) allerdings gleich herausgeschmeißt werden, denn mit charakter- schwachen Leuten können wir nicht regieren, damit wird der Staat nur gelähmt.

Wenn der Hr. Wirtschaftsminister in seiner Rede in Reichen gesagt hat, die früheren Beamten wären lauter Heulen gewesen, und Adavergehoram hätte bei ihnen gebieret, so ist das falsch. Ich glaube, die Beamten werden sich für solche Begehungen bedanken. Es ist doch noch immer derselbe Beamtenstand, den wir früher gehabt haben, und diesen selben Beamten wird vorgeworfen, sie hätten in spartanischer Verfassung gelebt. (Unruhe links.) Ich kann das nur daraus verstehen, daß der Hr. Wirtschaftsminister selbst nicht Beamter gewesen ist, und ich kann sagen, daß ich in meiner Beamtenkarriere andere Erfahrungen gemacht habe. (Abg. Renne: Weil Sie deutschnational waren!) Das Beamtentum ist das starke Gerüst eines Staates, wie früher, so auch jetzt noch, und das bedingt Sachkenntnis, Überlegenheit über die Unterstellten, Pflichttreue, Charakterfestigkeit und vor allen Dingen (Abg. Renne: Eine hübsche Frau!) Verständnis für die Allgemeinheit ohne Parteilichkeit. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Reinhold (Dem.):

Wir sind vom Ministerialrat aus manches gewöhnt, aber ich muß doch sagen, daß die Ant-

wort, wie sie heute der Hr. Minister Lipinski auf die Anfrage des Hrn. Abg. Dr. Wagner gegeben hat, alles bisherige noch wesentlich übertrifft. (Zuruf links.) Er hat es für nötig gehalten, hier einen der Beamtenpolitiken aus der Zeit des Königtums vorzuführen, von denen ich mit dem allerbesten Willen nicht einsehen kann, was sie irgendwie mit dem Fall Schmitt zu tun haben. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß offen sagen, daß es mich empört hat, daß der Hr. Minister Lipinski sich durch die Vorlesung gewisser Schreiben billige Nachsorge auf der linken Seite verschaffte. (Allgemeine Unruhe.) Derartige heute hier dem Landtage vorzulesen, halte ich offen gestanden für eine so niedrige Einschätzung des Landtages, daß ich mich nur darüber wundern kann, daß Hr. Minister Lipinski dazu den Mut gehabt hat. (Lachen links. — Sehr richtig! rechts.) Was er zum Fall Schmitt selbst vorgebracht hat, das war, weiß Gott, selbst wenn man alles als wahr annimmt, außerordentlich lässlich. Es bleiben im Grunde zwei Fälle. Das ist der eine Fall, wo Freiherr v. Bismarck sich mit dem Geheimen Regierungsrat Entmeyer wegen eines Falles des guten Tones entzweit, und wo der Hr. Ministerialdirektor Schmitt versucht hat, die beiden ohne eine ander Inhaftung miteinander zu versöhnen. (Sehr richtig! rechts.) Was daraus schlimm sein soll, kann ich nicht einsehen. Deshalb entläßt man einen Beamten wie den Ministerialdirektor Schmitt nicht. Der zweite Fall war der mit Freiherrn von Soudo. Zugegeben, er hatte eine schlechte Konduite, und Hr. Ministerialdirektor Schmitt scheint nach langem Ertüben doch eingewilligt zu haben, daß der Mann doch angestellt wurde, wenn dem wirklich so ist, so ist das kein Grund, einen solchen Mann ohne weiteres zu entlassen, der solche große Verdienste um den sächsischen Staat hat. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß sagen, daß der Hr. Minister, der die Akten wohl reichlich durchgesehen hat, nichts anderes gegen Hrn. Ministerialdirektor Schmitt vorgebracht hat. Ich finde es unerhört, daß er hier seine Vorwürfe gegen Schmitt, daß er Familienanwartschaft gebildet habe, nicht ethischerweise als unbedeutend zurückgenommen hat. Das wäre seine Pflicht und Schuldigkeit gewesen. (Abg. Reuter: Das ist demotisch!)

Koch eine weitere Kleinigkeit! In seiner ersten Rede hat Hr. Minister Lipinski die Beschuldigungen eines Beamten gegen den amtlich amtierenden Kreisoberhauptmann von Bautzen vorgebracht, ohne ein Wort dazu zu sagen. Auch das halte ich für unerhört. (Sehr richtig! rechts.) Wenn solche Beschuldigungen gegen den Kreisoberhauptmann von Bautzen erhoben worden sind, hätte die Regierung meiner Ansicht nach die Pflicht gehabt, wenn sie den Beschuldigungen Bedeutung beimäße, ein Disziplinarverfahren gegen ihn einzuleiten. Aber hier, ohne den Fall unterfucht zu haben, einfach diese Angelegenheit vorzubringen gegen einen Mann, der noch im Amte ist und dem Staat seine Dienste leisten soll, finde ich als ein Vorgehen, das ich vom Standpunkte des Hrn. Ministers absolut nicht verstehen kann. (Sehr richtig! rechts.) Und dann die Art der Behandlung des Ministerialdirektors Dr. Schmitt überhaupt! Dieser Mann von hervorragenden Fähigkeiten — alle, die den Mann gekannt haben und kennen, auch meine früheren Kollegen im Ministerium werden mit darin recht geben — hat sich große Verdienste erworben um den Staat und die außerordentlich schwierige Frage der Beförderung unter der Aufsicht der äußeren Kraft durchgeführt. (Sehr richtig! rechts.) Er hat sich gerade dadurch, daß er die Ansicht der Regierung mehrfach im Gegensatz zu weiten Beamtenkreisen geäußert und vertreten hat, bei einem Teile der Beamten nicht gerade beliebt gemacht. Er hat das alles im Staatsinteresse auf sich genommen, und jetzt ist der Fall, daß man diesem Mann einfach, ohne daß man dafür irgendwelche willigen Gründe angeben kann, den Stuhl vor die Tür setzt und dem Staat die Dienste eines so vieljährigen und tüchtigen Mannes entzieht.

Dann noch ein kurzes Wort über die Beamtenpolitik der Regierung überhaupt! Den Standpunkt meiner Fraktion hat mein Fraktionskollege Dr. Seyditz am 4. Oktober schon eingehend dargelegt. Wir wollen eine Demotisierung der Beamten und keinen Beamten dulden, der sich offen gegen die Verfassung in irgendeiner Form auflehnt, aber wir wünschen und wollen keine Politisierung. Wir wollen nicht, daß, wie es jetzt geschieht, eine politische Gesinnungsbildung groß geübt wird. Schwache Beamte spekulieren darauf, durch den Wechsel ihrer politischen Gesinnung vorwärts zu kommen, wenn sie sehen, daß ein Mann, der noch 1918 vor Loyalität gestrichelt hat und dann zum Sozialismus übergegangen ist, eine solche glänzende Karriere machen kann, ohne daß er bisher den Beweis seiner Befähigung erbracht hat. (Sehr richtig! rechts.) In der Politik, die die Regierung jetzt einschlägt, wo viele Beamte nicht ihrer Tüchtigkeit wegen sondern offensichtlich ihrer politischen Gesinnung wegen an hervorragende Stellen gesetzt werden, sehen wir eine außerordentliche Gefahr für das Land, und wir warnen deshalb die Regierung vor allen Dingen den Hrn. Ministerpräsidenten noch ein letztes Mal, auf diesem Wege fortzufahren. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Reuter (Dtschnat.):
Ich war über die Art der Rede des Hrn. Minister Lipinski nicht verwundert, denn ich konnte es von Hrn. Minister Lipinski eigentlich nicht anders erwarten. (Sehr richtig! links.) Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß der Hr. Minister Lipinski verstanden hat, das Thema, um das es sich eigentlich handelt, zu verschieben. (Sehr richtig! rechts.) Er hat aus allen Akten etwas vorgelesen. Ich bin überzeugt, daß alles das, was er uns vorgelesen hat, wahr ist. Aber er wird das recht hübsch gruppiert haben und wird manches weggelassen haben, was ihm nicht in den Kram paßt. Wenn ich das zusammenfasse, was als Zusammenfassung aus dieser Darstellung hervorgeht, so möchte ich sagen: es war die Anschauung derer, die früher die Beamtenstellen zu verteilen hatten, daß eine gewisse Erziehung durch Familie, durch das ganze Milieu, in dem der Beamte lebt, nämlich für eine derartige Beamtenstellung ist. (Sehr richtig! rechts.) Und

der heutige Tag hat mit eigentlich die Überzeugung beigebracht, daß die Erziehung der alten Herren richtig war, denn eine solche Rede, wie sie der Hr. Minister Lipinski heute gehalten hat, hätte ein Minister der alten Zeit nicht gehalten, dazu wäre er zu taktvoll gewesen. Daß er den Kreisoberhauptmann v. Bismarck in Bautzen und den früheren Kreisoberhauptmann v. Burgsdorf in Leipzig und noch andere Herren hier in dieser Weise als Minister des Innern angreift, das ist etwas, was ein früherer Minister des Innern nicht gemacht hätte. Die neue Zeit ist in dieser Beziehung schlechter als die alte. Er hat dann in wichtig sein sollender Weise von Blut- und Bierfamilien gesprochen. Ich bin nicht Korpsstudent gewesen, aber wenn er glaubt, daß das Biertrinken die Hauptkräfte der Korps ist, so irrt er sich. Die Hauptkräfte der Korps ist die Erziehung des Menschen (Lachen links.), und an dieser Erziehung fehlt es manchmal von den Herren da drüben. (Widerspruch links.) Wenn man heute wieder die Überzeugung hat, daß Disziplin und Selbsttätigkeit vor allen Dingen dazu gehören, um regieren zu können, so muß man sich daran erinnern, daß die Korps und studentischen Korporationen alle auf Selbsttätigkeit und Disziplin das allergrößte Gewicht legen. Bismarck war Korpsstudent, und die Korps haben Bismarck und noch manchen Mann, der dem Staat außerordentlich große Dienste geleistet hat, hervorgebracht.

Der Hr. Minister Lipinski bewegt sich dann vielfach in Widersprüchen. Das eine Mal sagte er, es sei doch erkauntlich, daß man die persönlichen Verhältnisse und persönlichen Eigenschaften bei der Stellung der Beamten überhaupt in Betrachtigung ziehe. Und dann sagte er: Ja, wenn jemand Schulden hat, dann wird er nicht angestellt. Das verdrängt sich nicht. Das eine Mal gibt er zu: auf Examina und solchen alten Plunder brauchen wir uns überhaupt nicht mehr einzulassen, was für Jenen jemand hat, das ist gleichgültig. Das hat man auch durch die Tat bewiesen: Hr. Rege ist mit seinen Examinis und seinen Jenuren nicht so wohlbehalten. Und dann macht er den Vorwurf, daß Hr. von Bismarck angestellt worden ist trotz schlechter Jenuren. Das geht so durcheinander. Wir werden uns in diesem Punkte auch wahrscheinlich nicht einigen. Es wird darauf ankommen auf das alte Lied. Die Früchte werden es zeigen, ob die neue Beamtenpolitik richtig ist oder die alte. Man wird nicht leugnen können, daß die innere Verwaltung von Sachsen in ihren Ergebnissen gut war. Ob aber eine Beamtenpolitik, wie man sie jetzt züchtet, die nur durch Kriecherei und durch politische Gesinnungslosigkeit zu hohen Ämtern kommt, besser sein wird als die alte Beamtenpolitik, bezweifeln wir, und es wird nicht lange dauern, daß die Früchte ihrer Beamtenpolitik allen Leuten klar werden.

Minister des Innern Lipinski:
W. u. H.! Es ist mir der Vorschlag gemacht worden, daß ich die Angelegenheit Schmitt nicht ausführlich erörtern dürfte, das wäre früher so üblich gewesen. Ich meine, die Herren des Landtages müssen doch ein fürdastar schlechtes Gedächtnis haben; denn ich habe die Frage Schmitt gar nicht aufgeworfen, sondern die Deutschnationale Volkspartei durch den Antrag Wagner. Der Abg. Dr. Wagner hat einen Satz in meinem Jahresbericht, in dem Dr. Schmitt gar nicht erwähnt war, zu einer Angelegenheit Schmitt gemacht. Sie haben ferner die Anfrage gestellt, inwiefern der Hr. Ministerialdirektor Dr. Schmitt eine solche Personalpolitik getrieben habe, und die Frage gestellt: wer sind diese Männer? Auf diese Frage bin habe ich eine sehr deutliche Antwort gegeben. (Sehr richtig! links.)

Ich habe aber auch Rücksicht auf Hrn. Ministerialdirektor Dr. Schmitt genommen. (Widerspruch rechts. — Abg. Reuter: Ich habe nichts davon gemerkt!) W. u. H.! Ich habe Hrn. Dr. Schmitt gegenüber durch meine Loyalität bewiesen, daß ich über ein Jahr ein unerträglicher Verhältnis nahe weiterbestehen lassen. Ich habe meine Loyalität gegen Hrn. Dr. Schmitt weiter dadurch bewiesen, daß ich ihm bei der Rede, die ich bei der Einweihung des Hrn. Dr. Rege gehalten habe, meine Anerkennung gesagt habe. (Lachen rechts.) Ich habe mich persönlich mit Hrn. Dr. Schmitt auseinandergesetzt und habe mich bereit erklärt, jeden legitimen Weg zu wahren, um ihn nicht persönlich zu schädigen. Bei der Einweihung war es notwendig, den Beamten gegenüber darzutun, welche Gründe sich zu einem Wechsel im Personalamt veranlassen haben. Der Personalpolitik gegenüber habe ich den Namen Schmitt in weiterem Zusammenhang nicht genannt. Aber wenn einmal eine solche Anfrage gestellt wird, so muß ich sie natürlich auch beantworten. Damit will ich gleich auf zwei Punkte eingehen.

Zunächst die eigentliche Ursache, warum ich mit Hrn. Dr. Schmitt nicht mehr zusammenarbeiten konnte! Hr. Minister Rege hatte der Beamtenorganisation den Vorschlag gemacht, daß, wenn der Minister aus politischen Gründen bei Ernennung leitender Persönlichkeiten vom sogenannten Beamtenprinzip absehen wolle, er sich vorher mit der Beamtenorganisation verständigen werde. Ich hielt diesen Vorschlag als im Widerspruch mit der Verfassung stehend und lehnte ihn ab. Der Hr. Ministerialdirektor Dr. Schmitt hat dies widersinnige Verlangen der Beamtenorganisation nicht abgedeckt, sondern er hat mit seinem Reduziert gedrückt, wenn ich diese Politik nicht befolge. (Lachen links.) Von dem Augenblicke an war ein auf Vertrauen gegründetes Zusammenarbeiten mit Hrn. Ministerialdirektor Dr. Schmitt unmöglich. (Sehr richtig! links.) Ich habe es dennoch gehalten, bis Ministerialdirektor Dr. Schmitt wenige Stunden, bevor ich meinen Sommerurlaub antrat, selbst das Geschick schriftlich eingereicht hat, daß er aus politischen und gesundheitslichen Gründen um einen Urlaub von mindestens sechs Monaten nachsuche. Ich habe mich nicht geneigt und ohne Zögern diesen Urlaub bewilligt. Ich habe nichts unternommen, was in dieser Zeit Hrn. Dr. Schmitt verletzen konnte. Das ist der eine Grund.

Den zweiten Grund habe ich jetzt durch Nachprüfung der Akten erfahren. (Lachen rechts.) Ich habe am 21. Dezember 1918 als damaliger Volksbeauftragter zugunsten der Beamten jene Verordnung erlassen, und diese Verordnung ist, nachdem ich aus dem Akte gesehen war und ein anderer

an meiner Stelle den Ministerposten übernommen hatte, in ihrem wesentlichen Teile durch eine Maßnahme unwirksam gemacht worden, die hinter dem Rücken des Ministers geschahen ist.

Wenn Sie meinen, daß dann noch ein Zusammenarbeiten möglich ist, wenn ein solches Verhältnis besteht, so muß ich Ihnen das überlassen. Ich persönlich vermag es nicht.

Dann ist gesagt worden, ich hätte einen Beamten angegriffen, dem keine Verzeihung gegeben ist. W. u. H.! Ich habe hier ein ausführliches Aktenstück in einer Angelegenheit, wo sehr schwere Vorwürfe erhoben worden sind, wo der Betreffende gehört worden ist und im wesentlichen befähigten mußte, was ihm vorgeworfen worden ist. Ich habe das Material nicht verwendet. Ich habe auch meine Darlegungen schriftlich niedergelegt, um auch nicht durch ein abweichendes Wort von dem Akteninhalt abzugehen. Ich habe hier ein zweites Aktenstück (Zuruf rechts), ich will es Ihnen nur zeigen, aus dem hervorgeht, wie es gemacht worden ist. Es handelt sich um einen Juristen bürgerlicher Herkunft mit guten juristischen Kenntnissen. Als er um Aufnahme in die innere Verwaltung nachsuchte, wurden vertrauliche Erkundigungen eingezogen, „was Geistes Kind der Herr sei“. Das war ein Jurist, der sich aus eigenem Fleiß emporgearbeitet hatte, aber aus den Arbeiterkreisen kam.

Weiter ist bemängelt worden, ich hätte die frühere Personalpolitik ohne Zusammenhang mit Hrn. Dr. Schmitt erörtert. Die Herren schelten überdies zu haben, daß ich ausdrücklich festgestellt habe, daß die von Hrn. Dr. Schmitt betriebene Personalpolitik auch nach dem Amtsantritt des Hrn. Dr. Schmitt fortgesetzt worden ist. Infolgedessen war es notwendig, jene Personalpolitik zurück zu kennzeichnen, ehe ich die folgende Personalpolitik kennzeichnen konnte. Ich habe also durchaus folgerichtig gehandelt.

Nun ist gesagt worden, ich hätte mich in einem Widerspruch bewegt, indem ich behauptet hätte, daß ich erwählt habe, Freiherr v. B. sei wegen Verschuldung gekündigt worden. W. u. H.! Wir haben Akten unterer Beamten vorgelesen, in denen das Verlangen auf Entlassung gestellt war, wenn er über seine Verhältnisse lebe, ja selbst dann, wenn er während des Krieges durch Verschuldung seine ganze Habe verloren hatte und deshalb Schulden machen mußte, um sich diese Habe wieder anzuschaffen. (Zuruf rechts: Beweise!) Wenn ein solches Verlangen gegenüber dem unteren Beamten gestellt wird, dann kann ich diesen Umstand auch gegen einen höheren Beamten geltend machen, dem noch andere Qualifikationen fehlen und den man hinten herum in eine Regierungskasse hineinschmuggelt. Das war der wesentliche Kern meiner Darlegungen.

Nun ist bemängelt worden, daß Hr. Köthe in das Ministerium berufen worden ist. Hr. Köthe ist von seinen bisherigen Dienstverhältnissen als ein hochqualifizierter Beamter bezeichnet worden und von diesen auf den für mittlere Beamten höchst zulässigen Posten gestellt worden. Ich habe ihn in das Ministerium berufen, weil ich als Minister die Personalpolitik allein nicht führen kann. Ich kann unmöglich für etwa 12000 Beamte die Akten nachprüfen. Dafür muß der Regimentsführer und der Personalreferent da sein. Wenn eine solche Politik getrieben wird, wie ich sie skizziert habe — für die ich mir allerdings die Verantwortung vorbehalten —, dann muß ich auch einen Personalwechsel vornehmen, das habe ich am Schluß meiner Ausführungen erklärt. Wir wollen tüchtige Männer, Männer, die treue Republikaner sind. Die werden bevorzugt. Wer das nicht ist, wer sich nicht in den neuen Staat einfügt, der mag seine Schlussfolgerung daraus ziehen. Im Staat selbst kann keine Regierung einen Widerstand gegen sich ob unrichtig oder oberirdisch dulden. (Bravo! links.)

Abg. Pfeil (Zentr. [Dtschn. Sp.]):

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß die Befähigung des Hrn. Ministerialdirektors Dr. Schmitt mit den Grundfragen der Demokratie nicht vereinbar ist. Die ganze Art und Weise, wie heute Hr. Minister Lipinski die Dinge behandelt hat, lassen in mir den Eindruck erwecken, als ob die Beamtenpolitik der Regierung schon heute weit mehr Fehler aufweist, als sie früher von der anderen Seite gemacht worden sind. Es wäre natürlich verfehlt, irgendwie abtreten zu wollen, daß auf diesem Gebiet früher ganz ungläubliche Fehler gemacht worden sind (Zuruf links: Ja also!), daß in Deutschland, vor allem aber in Preußen, die Korps einen ganz außerordentlich großen Einfluß auf die Personalpolitik gehabt haben. Der katholische Volksteil in Deutschland hätte in dieser Beziehung ein Lied in fünfjähriger Geschichte singen, wo in die Landratsposten, wo in die Verwaltungsposten in Preußen bis kurz vor dem Kriege kaum ein Katholik hineingekommen ist. In Sachsen ist der katholische Volksteil geradezu als Heiligtum behandelt worden. In Sachsen konnte ein Katholik überhaupt nichts werden, wenn er nicht Familienanwartschaften hatte. Aber das alles verflüchtigt durchaus nicht die Politik, die die heutige Regierung betreibt. Ich verliche unter Demokratie nicht eine Günstlingspolitik. Eine Günstlingspolitik wird aber heute auf der linken Seite drüben getrieben. Nicht nach den Grundfragen der Tüchtigkeit geht es. Gut, es sollen Sozialdemokraten in die Verwaltung hineinkommen, es müssen Sozialdemokraten in die Verwaltung kommen, aber hier wird nach dem politischen Schein zuerst gefragt, dann erst nach der Tüchtigkeit. (Zuruf links: Beweise!) Das beweist schon die Tatsache, daß man in Hrn. Ministerialdirektor Dr. Schmitt einen Mann bezeugt hat, der sich vom ersten Tage an auf den Boden der Demokratie gestellt hat. Das, was Hr. Minister Lipinski an Material beigebracht hat, ist in keiner Weise stichhaltig. Ich möchte den Wunsch ausdrücken, daß alle die Beamten, die von der linken Seite jetzt und in Zukunft in die Regierung und in die Ministerien berufen werden, so wenig auf dem Korpsboden haben, wie es bei Hrn. Ministerialdirektor Dr. Schmitt der Fall ist. Die Grundfrage der Demokratisierung werden in das Gegenteil verkehrt durch die Politik, die Hr. Minister Lipinski eben so schön ausgeführt hat, indem er gesagt hat, er habe den zweiten Grund erst nachher erfahren. Das ist doch wirklich ein eigenartiges Zeugnis, das sich Hr. Minister Lipinski ausgesprochen hat, wenn er

den zweiten Grund erst erfahren hat aus den Akten, nachdem Ministerialdirektor Dr. Schmitt bereits bezeugt gewesen ist.

Der Hr. Abg. Müller (Chemnitz) hat vorhin die große Liebenswürdigkeit gehabt, in diesem Zusammenhang des des Radikalismus verdächtigen Zentrumsabgeordneten Pfeil zu gedenken. Es steht heute in der Zeitung, daß ich absolut keine Veranlassung habe, meine Politik im sächsischen Landtage irgendwie zu verändern. Ich werde sie in derselben Richtung fortsetzen wie bisher, getreu dem Programm der Zentrumspartei, und werde vor allem versuchen, in Einklang mit der Demokratie, nicht in Einklang mit einer Diktatur, mag sie von rechts oder von links kommen, irgendwie zu handeln. (Bravo!)

Abg. Müller (Leipzig) (Unabh.):

Ich habe für meine Person zu erklären, daß wir und der Erklärung der Rechtssozialistischen Fraktion anschließen. (Zuruf rechts: So?) Auch wir halten es für verfehlt, das beweiskräftige Material, das vom Hrn. Minister des Innern vorgebracht worden ist, dadurch zu entkräften, daß man der Rechten Gelegenheit gibt, sich noch mit einem Schein von Recht aus der Sachlage zu retten, in welche sie die Anfrage des Hrn. Kollegen Dr. Wagner hineingetrieben hat. Ich möchte nur eine Feststellung machen. Der Hr. Kollege Pfeil hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie mit ihrer neuen Beamtenpolitik eine Günstlingspolitik betreibt (Zuruf rechts: Mit Recht!), daß sie sich lediglich von der Tatsache leiten lasse, ob der betreffende Kandidat Sozialist ist oder nicht. Trotz wiederholter Aufforderung ist er nicht in der Lage gewesen, den geringsten Beweis für seine Behauptung zu erbringen. (Zuruf rechts: Voge!)

Wenn aber Hr. Abg. Binger den Mut gehabt hat, von einem Überfall mit Material zu sprechen — und der Hr. Kollege Dr. Reinhold hat ihn da bis zu einem gewissen Grade unterstützt —, so halte ich das, gelinde gesagt, für eine unerhörte Frechheit! (Sehr richtig! links. — Unruhe und Lachen rechts. — Zuruf: Untersuchungs-ausschuss!) angesichts der Tatsache, daß die Hrn. Binger nachstehende Presse seit einem halben Jahre systematisch das Vertrauen der ganzen Bevölkerung zur Regierung untergräbt und die Regierung in der unerhörtesten Weise verunglimpft.

Präsident (unterbrechend):

Den Ausdruck „unerhörte Frechheit“, in bezug auf ein Mitglied des Hauses gebraucht, kann ich nicht zulassen; es ist das parlamentarisch nicht zulässig.

Abg. Müller (Leipzig) (fortfahrend):

Es ist geschehen, ich kann es nicht mehr rückgängig machen.

Noch eine Bemerkung des Hrn. Abg. Binger: Ich möchte mich zu einigen Ausführungen, und zwar das Lament darüber, daß die Regierung einen so ungewöhnlichen Weg einschlägt und hier etwas in die Zeitung bringt, was die frühere Regierung nicht getan hätte. Da möchte ich doch darauf hinweisen, daß der Zeitungskrieg angefangen und systematisch betrieben worden ist von den Herren der Rechten, die nicht nur die Presse besetzt haben, sondern die in eigenen Artikeln in unverantwortlicher Weise versucht haben, die Bevölkerung gegen die Regierung aufzubringen. Die Presse von rechts war es, die die Fälle Rege, Köpke und wie sie alle heißen, aufgehoben hat, ohne daß sie den geringsten Beweis dafür erbringen kann, daß von der Regierung eine Politik der Begünstigung getrieben worden ist. Es wäre eine sträfliche Nachlässigkeit von der Regierung, wenn sie der Rechten da nicht endlich einmal in ganz energischer Weise die Finger klopfte. Wenn ich die heutigen Ausführungen unangenehm waren — und sie waren es, das haben die Ausführungen der Herren von der Rechten bewiesen — und wenn sie eine derartige Abstrafung für die Zukunft vermeiden will, so soll sie in Zukunft ihre Finger von derartigen Dingen lassen und nicht fortgesetzt Angriffe stellen, die lediglich den Zweck haben, die Regierung politisch zu diskreditieren. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Wagner (Dtschnat.):

Der Hr. Abg. Pfeil hat die Behauptung aufgestellt, in Sachsen wären die Katholiken früher als Heiligtum behandelt worden. (Abg. Pfeil: Sehr richtig!) Ich kann das wohl daraus erklären, daß sich der Hr. Abg. Pfeil nicht allzu lange in Sachsen aufhält, denn die katholische Dynastie, die wir in Sachsen hatten, hätte nimmermehr geduldet, daß Glaubensgenossen in einer Weise behandelt worden wären, die diese Beziehung veränderte. Die Behauptung, daß Katholiken in Sachsen überhaupt nicht in höhere Ämter gekommen wären, ist absolut unbegründet. Natürlich können in einem Lande, wo nur wenige Prozent Katholiken vorhanden sind, nicht sehr viel höhere Beamte der katholischen Kirche angehören.

Der Hr. Kollege Müller (Chemnitz) hat behauptet, unsere Interpellation wäre einer der üblichen Vorhölle gegen die Regierung. Das ist eine schiefe Auffassung. Nicht wir haben einen Vorwurf gemacht, sondern es handelt sich um die Abwehr eines Vorwurfes, den der Hr. Minister des Innern in der Staatszeitung gegen einen sehr verdienten sächsischen höheren Beamten gemacht hatte. Es handelt sich also nicht um einen Angriff oder Vorwurf unsererseits.

Dann hat Hr. Abg. Müller behauptet, ich hätte die sozialistische Beamtenpolitik in schwerer Weise beleidigt. Das ist mir nicht in den Sinn gekommen. Ich habe im Gegenteil erklärt, ich verheße es und habe Achtung vor Männern, die auf Grund einer geblühenden inneren Entwicklung im Rahmen der Sozialdemokratie angekräftigt sind. Ich verheße es ferner, wenn Beamte, die von Hans aus links gerichtet sind, jetzt diese Überzeugung mit Energie betonen. Ich habe aber erklärt — und alle Parteien müßten darin mit mir einig sein —, daß man sich hüten muß vor jenem Gesinnungswechsel, das sich stets zu der regierenden Partei drängt. Ich habe vor Deuten gewarnt, die aus äußeren Motiven heraus auf einmal diesen Frontwechsel vorgenommen haben. Der damalige Hr. Unterrichtsminister hat in der Volkskammer Sitzung vom

24. März 1919 in ausgedehnter Weise ausgeführt:

Der Dr. Abg. Ripfel hat mich ersucht, sich zu äußern und mich nicht vom „Gefinnungs- geschmeiß“ beeinflussen zu lassen, bei der not- wendig werdenden Ernennung von Beamten, Begleitinspektoren usw. Ich danke für den freundlichen Rat und versichere, bisher die Festigkeit gewahrt zu haben, auch in Bezug auf die Stellen, die infolge eingetretener Wan- dungen während meiner Amtszeit zu be- setzen waren.

Das ist eine Antwort, mit der man sich durch- aus zufrieden geben kann. (Ministerpräsident Rud: Ich bitte doch, den nächsten Sach mit vor- zulegen!) Ich soll den nächsten Sach noch vorlesen:

Wenn bei der Berufung eines Begleitinspek- tors ein Direktor ernannt wird, ein Lehrer ernannt wurde, so habe ich zunächst nicht nach dessen politischer Gesinnung gefragt. Wenn aber ein Lehrer durch seine Arbeiten von der Wissenschaft anerkannt, von seinen Berufsgenossen geachtet, durch seine bisherige Tätigkeit den Beweis erbracht hat, daß er als Mensch und Pädagoge eine feste Persönlichkeit ist und die Voraussetzungen für die Tätigkeit eines Begleitinspektors erfüllt, dann habe ich keinen Anlaß, vor der Ernennung eines Mannes juristisch zu prüfen wie des Hrn. Dr. Wünsche, der nebenbei Sozialdemokrat ist. Oder verlangen Sie auch unter den jetzigen Ver- hältnissen, daß für solche Stellen nur Herren ernannt werden, die anderen Parteien an- gehören? Ich glaube, solches Verlangen kann nicht erfüllt sein.

Soll ich noch weiter lesen? (Der Ministerpräsident dankt.) Das ist eine Antwort, mit der man sich recht wohl abfinden kann.

Im übrigen kann ich nach dem, was von an- derer Seite ausgeführt worden ist, mich sehr kurz fassen. Die Einzelheiten, die der Dr. Minister vorgebracht hat, jetzt zu prüfen, ist ausgeschlossen. Ich möchte nur, da er Namen genannt hat, und zwar Personen, von denen mir die eine oder die andere bekannt ist, erwähnen, daß ich es für aus- geschlossen halte, daß der jetzige Kreishauptmann v. Köpitz-Wallwitz in irgendeiner Weise Familien- politik getrieben hat oder unangemessen bei seinen Entscheidungen verfahren wäre. Ich kann mich erinnern, daß der Dr. Minister Ullig, ein Mit- glied der Sozialdemokratischen Partei, als er Hrn. v. Köpitz-Wallwitz in Bayreuth einführte, nur Worte des Lobes und der Anerkennung aus- sprach für die vornehme Gesinnung, die Dr. v. Köpitz allenthalben betätigt habe. Jedenfalls möchte ich feststellen, daß Dr. Ministerialdirektor Dr. Schmidt aus Familien- rücksichten jemand befördert hätte, ist kein Be- weis erbracht. Den Hrn. v. Jähnsky kenne ich zufällig vom Felde her. Er war Kriegsgerichts- rat. Ich kann nicht behaupten, daß er mir per- sönlich sehr gefiel, aber er machte keine Sache ganz gut. Er war verheiratet und hatte Kinder, und ich sagte die Sache so auf: jetzt ist er 40 Jahre alt, und wenn er die bescheidene Stelle eines Regierungsdirektors bekommen hat, so wird wahrscheinlich, wie auch Dr. Kollege Dr. Reinhold anwesend, der Wunsch dabei mit maßgebend ge- wesen sein, diesen Mann in einer bescheidenen Stellung unterzubringen. (Zuruf links: Er konnte doch Doktor werden!)

Wenn gesagt worden ist: wir wollen, daß in der Demokratisierung weitergegangen wird, so sage ich: Die Demokratisierung der Verwaltung kann man in sehr verschiedener Sinne auf- fassen. Wenn man unter Demokratisierung ver- steht, daß die Befehl ausgereinigt werden und daß nach sachlichen Rücksichten die Befehle aus- gesprochen werden, so können wir dem durchaus zu. Wenn man aber darunter versteht, daß die Beamtenschaft parteipolitisiert werden soll, daß entschieden soll die Parteigeborgenheit, dann ist das eine Politik, die mit der Reichsverfassung unvereinbar ist. (Zuruf rechts.)

Tamit ist die Ansprache geschlossen.

Letzter Punkt der Tagesordnung: Be- sprechung der Regierungserklärung über den Eisenbahnerstreik und An- frage des Abg. Hofmann u. Gen., denselben Gegenstand betr. (Drucksache Nr. 564.)

Präsident:

Hier handelt es sich um großen Teile um eine angeklagte Sache (Zuruf links), zu welcher der Reichstag bereits Stellung genommen hat. Wir haben den Fall geschäftsordnungs-gemäß zu be- handeln. Ich sehe aber voraus, daß man sich bei dieser Behandlung der Kürze befleißigt, die nicht nur wegen der vorgerückten Zeit, sondern im allgemeinen geboten ist.

Die Anfrage Nr. 564 lautet:

Aus einem vertriebenen Rundschreiben des Dresdener Lehrervereins geht hervor, daß die in der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Be- amtenbundes vereinigten Beamten der Reichs- gewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten ihre Sympathie, sowie die moralische und finanzielle Unterstützung zugesichert haben.

Der Dresdener Lehrerverein erklärt, daß damit auch seine Haltung gekennzeichnet sei.

Der Verband sächsischer Polizeibeamten hat eine gleiche Kundgebung erlassen.

Sind der sächsischen Regierung diese Vorgänge bekannt, aus denen hervorgeht, daß sich die ge- nannten sächsischen Beamtensorganisationen bewußt gegen die Anklagungen des Reichspräsidenten und der Reichsregierung wenden, die die Unter- stützung des Eisenbahnerstreiks unter scharfer Strafe stellen?

Was hat die sächsische Regierung getan, oder was gedenkt sie zu tun, um der durch solches Verhalten eines Teiles der sächsischen Beamtens- schaft für Staat und Volk herauszuführenden ersten Gefahr zu begegnen und den durch die Stellungnahme der Polizeibeamtenorganisation gefährdeten Schatz der unter den Streikverurteilten bittere Not leidenden Bevölkerung zu gewäh- ren?

Der Antrag Nr. 567 der Abg. Ripfel und Renner (Rom.), der mit zur Beratung steht, lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

die Regierung zu beauftragen, bei der Reichs- regierung darauf hinzuwirken, daß keine Maßnahmen der am Streik be- teiligten Eisenbahner stattfinden, daß den Beamten ihre berechtigten Forde- rungen bewilligt, daß keine Belohnungen für Streikbrecher ge- zahlt werden.

Zur Begründung der Anfrage erhält das Wort:

Abg. Hofmann (Dölnau):

Der Eisenbahnerstreik machte ganz den Ein- druck, als sollten die vielgepriesenen Ertrags- schaften der Revolution von 1918 um eine wei- tere bereichert werden, um das unbegrenzte Koalitionsrecht und die unbegrenzte Koalitionsfreiheit einschließlich des Streikrechtes für das Personal unserer staatlichen Reichsinstitute und für das Beamtentum überhaupt. Von seher waren wir auf der rechten Seite des Hauses überzeugte Gegner der Erteilung unbegrenzter Koalitions- freiheit einschließlich des Streikrechtes an unser Eisenbahnerpersonal. Wir sind nicht Gegner, weil wir dem Personal die Koalitionsfreiheit und das Koalitionsrecht der gewerkschaftlichen Arbeiter- organisationen nicht gönnen, sondern wir sind es einzig und allein aus dem Grunde, weil wir die Gefahren für eine durch Streik hervorgerufene unvermeidliche Unterbindung des Verkehrs, den dadurch unvermeidlich angelegten Schaden für unser Wirtschaftsleben und die unermessliche Not unseres Volkes voraussehen. (Sehr richtig! rechts.) Andererseits aber, weil wir das Pflicht- bewußtsein und das Ansehen unseres Beamtentums so einschätzen und es auch von unserem Volke eingeschätzt zu sehen wünschen, daß es zur Erreichung seiner berechtigten Wünsche und Forderungen nicht des Streikrechtes des Arbeiters sich zu bedienen braucht. Wir halten auch heute noch an unserer bisherigen Überzeugung fest, daß das Streikrecht und ein Beamtentum ge- rade die Borechte, wie z. B. die lebenslängliche Anstellung, die Altersversorgung und die Hinter- bliebenenversorgung, unter allen Umständen un- tergraben muß. Wir wünschen, daß dem Be- amtentum gerade das erhalten bleiben soll und muß, was bisher den Stolz und die Ehre der Beamten, der oberen wie der niederen, aus- macht. (Zuruf links.) Das persönliche Verant- wortlichkeitsgefühl des einzelnen gegenüber der Allgemeinheit. (Sehr richtig! rechts.) Wir ver- urteilen diesen Streik als einen Frevel am deutschen Volke und als einen Vernichtungsschlag gegen unsere Staat. (Zuruf links: Ausbreitung!) Die ganze Inzenerierung dieses Streiks machte nur den Eindruck einer neuen bolschewistischen Eskalation. (Zuruf links.) Die erlassene Vorverurteilung der höchsten Reichsstelle hatte nicht vermocht, diesen Streik abzuwenden, im Gegenteil, das unteilige Beamtentum, selbst solche, denen gerade der Schutz des Volkes und des Staatseigentums in der heutigen unruhigen und schweren Zeit ganz besonders anvertraut ist, haben sich demüßigt gesehen, ihren Verfall und ihre Unterwerfung den streikenden Eisenbahnern auszusprechen. (Zuruf links.) Sieh selbst haben sie darauf in Gegenlag zu der von höchster Regierungsstelle erlassenen Verordnung gestellt.

Als im August v. J. von der Regierung die Annullationsverordnung über die Verfreiheit und das freie Versammlungsgesetz erlassen, da war es gerade die sächsische Regierung, die außerordentlich eifrig dieser Verordnung nicht nur schweigende Geltung verschaffte, sondern sie noch in einseitiger Weise zu überbieten suchte. Wir fragen nun die Regierung heute: Welche Schritte hat sie unter- nommen, um der Reichsverordnung vom 1. Fe- bruar, den Eisenbahnerstreik betreffend, ganz be- sonders gegenüber der durch Rundschreiben ge- kennzeichneten Haltung des sächsischen Lehr- vereins und der sächsischen Polizeibeamten die nötige Beachtung zu verschaffen?

Die darauf bezügliche Erklärung des Hrn. Mini- sterpräsidenten vom 9. Februar erachten wir für sehr wohlfeil und für uns nicht genügend. Ich kann dem Hrn. Ministerpräsidenten tatsächlich den Vorwurf nicht erparten, daß er bis zu einem gewissen Grade mitschuldig ist, wenn unter einem Teile unserer Beamtenschaft Bewirtung über den Umfang der amtlichen Pflichterfüllung eingetreten ist. (Sehr richtig! rechts.) — Welche Schritte hat die Regierung unternommen, um der Reichsverordnung vom 1. Fe- bruar, den Eisenbahnerstreik betreffend, ganz be- sonders gegenüber der durch Rundschreiben ge- kennzeichneten Haltung des sächsischen Lehr- vereins und der sächsischen Polizeibeamten die nötige Beachtung zu verschaffen?

den gewerkschaftlichen Organisationen, allerdings unter vollständiger Wahrung der Autorität des Staates, gelingen möge, zu einem guten Ende zu kommen, so daß in Zukunft solche Frevel und solche Verbrechen an Volk und Staat für alle Zeiten ausgeschlossen sind. (Zuruf rechts.)

Ministerpräsident Rud:

Gestatten Sie zunächst, meine Damen und Herren, auf die schriftlich vorliegende Anfrage 564 einzugehen, die ich zum Anlaß einer formulierten Antwort genommen habe:

Der sächsischen Regierung sind die Vorgänge bekannt, die in der Anfrage der Herren Hof- mann u. Gen. vom 7. Febr. 1922 zum Anlaß einer Anfrage genommen wurden. Auf Grund des Rundschreibens Nr. 12 des Verbandes Säch- sischer Polizeibeamter vom 1. Febr. 1922 hat der Präsident der Landesverwaltung mit der Leitung des Verbandes sächsischer Polizeibeamter sofort eine Besprechung eingeleitet, um eine klare Interpretation des Inhaltes des Rundschreibens herbeizuführen. Bei dieser Besprechung ist un- zweideutig betont, daß für die dienlichen Auf- gaben der Polizeibeamten nicht Anordnungen ihrer Gewerkschaft, sondern nur die Dienstinstruk- tionen und rechtmäßig gegebenen Befehle der Dienststellen und Vorgesetzten maßgebend sind. Die in dieser Ausdrucksform verlangte Auslegung ist bereits im Wochenbericht Nr. 6 des bezüglichen Verbandes vom 2. Febr. 1922 gezeichnet, in welchem es heißt:

„I. Eisenbahnerstreik. Mit Rundschreiben Nr. 12 haben wir gestern noch Richtlinien für das Verhalten der Polizeibeamten gegenüber den Streikenden herausgegeben. Es wird dabei besonders darauf hingewiesen, daß diese Richtlinien den Grundgesetzen entsprechen, die der Reichsverband für den Fall eines Beamtens- streiks herausgegeben hat. Selbstverständlich ist die Solidaritätserklärung dabei so auf- zufassen, daß die Polizeibeamten sich mit den Forderungen der Eisenbahner solidarisch er- klären, was besonders betont wird, um jegliche Irrtümer auszuheben.“

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. Febr., die gestern in der Tagespresse er- schien, ist für die Polizeibeamten besonders wichtig. Bestimmungen auf Grund dieser Ver- ordnung können also nicht als unzulässige Handlungen gegen die streikende Beamtenschaft aufgefaßt werden, da sie eine gesetzliche Maß- nahme darstellen.“

In der Sitzung des Landtages vom 6. Febr. 1922 habe ich in der Regierungserklärung auf den Tagesbericht der Landespolizeiverwaltung Bezug genommen. Dieser Bericht kann heute durch Mitteilungen der Landespolizeiverwaltung Nr. 33 vom 13. Febr. 1922 ergänzt werden. Diese Mitteilung lautet:

„Leipzig. Während der Eisenbahnerbewe- gung wurde eine besondere Erregung durch eine Presseerklärung erzeugt, worin von einer Sympathieerklärung der Polizei die Rede war. Nichtkenner der Verhältnisse haben darin bereits die Anfänger eines Polizeibeamtens- streiks. Davon kann nach den Mitteilungen des Verbandes sächsischer Polizeibeamter, aus denen die Presseerklärungen auszugsweise wiedergegeben sind, keine Rede sein. Es heißt dort wörtlich: Die Polizeibeamten erklären sich mit den streikenden Eisenbahnern so- lidarisch, müssen aber den Dienst im Inter- esse der öffentlichen Ordnung weiter ver- sehen. Selbstverständlich ist die Solidaritätser- klärung dabei so aufzufassen, daß die Polizeibeamten sich mit den Forderungen der Eisenbahner solidarisch erklären, was be- sonders betont wird.“ Die polizeiliche Tätig- keit wird wie folgt erläutert: „Als Streik- brecherarbeit gilt nicht Schutz von Bahnan- lagen und Gütern, Schutz der Arbeitswilligen und der Technischen Hilfsmittel, Einschreiten gegen ungesetzliche Maßnahmen und Hand- lungen. Die Verordnung des Reichsprä- sidenten vom 1. Februar ist für die Polizeibeamten besonders wichtig. Bestimmungen auf Grund dieser Verordnung können also nicht als un- freundliche Handlungen gegen die streikende Beamtenschaft aufgefaßt werden, da sie eine gesetzliche Maßnahme darstellen.“

Die in der Landesgruppe Sachsen des deutschen Beamtensbundes vereinigten Gewerkschaften haben am 28. Januar 1922 in einer Sonderitzung zu dem bevorstehenden Streik der Reichsgewerks- chaft der Eisenbahner — die im Reich ca. 200 000 Mitglieder zählt gegen 876 000, die in den drei anderen Organisationen vereint sind, worunter 516 000 im Deutschen Eisenbahner- verband — Stellung genommen und an die ihr angeschlossenen Organisationen folgende Rich- tlinien gegeben:

Die in der Landesgruppe Sachsen des Deutschen Beamtensbundes vereinigten Beamtens- gewerkschaften haben am Samstag, den 28. Januar 1922 zur Lage Stellung genommen und der Reichsgewerkschaft — Landesstelle Sachsen — ihre Sympathie und moralische Unterstützung im gegebenenfalls bevorstehen- den Streik ausgedrückt. Zum Teil haben sie auch der Reichsgewerkschaft finanzielle Unter- stützung zugesichert. Diese Haltung ist auch für unsere sächsischen Gemeindebeamtens- gruppen, die Mitglieder sofort von dieser Sachlage in Kenntnis zu setzen und beim Ausbrechen eines Streiks alles zu vermeiden, was das Gelingen des Streiks gefährden könnte. Eines aktiven Eingreifens in den Streik haben sich unsere Mitglieder auf alle Fälle so lange zu ent- halten, bis von der Bundesleitung andere Weisungen eingehen. Der Reichs- gewerkschaft ist jede moralische Unterstützung zu gewähren (Ausführung des Publikums, der Presse usw.). Im übrigen vollkommen neutrale Haltung! Sollte die Lage sich verschärfen, werden wir sofort unseren Gesamtverband zur Beratung weiterer Maßnahmen — wenn noch möglich — zusammenrufen. Unsere Mitglieder sind darauf hinzuweisen, daß die Reichsgewerks- chaft den Kampf für die gesamte deutsche Beamtenschaft führt und diese von einem Wanklen des Streiks ebenso betroffen wird,

wie die Mitglieder der Reichsgewerkschaft selbst. Es geht ganz zweifellos um die Er- füllung der unteren und mittleren Befolungs- gruppen und um das Beamtentum, Grundmäßig ist jedem Mitgliede ein- bringlich einzuschärfen:

Es hat niemand etwas zu unter- nehmen, bevor dazu Anweisung von der Bundesleitung eingeht. Selbst- ständige Maßnahmen können von der Gewerkschaft nicht gebietet werden! Wer diese Vorschrift nicht beachtet, handelt auf eigene Gefahr!

Beinahe wörtlich hat dann auch der sächsische Lehrerverein in einem vertraulichen Rundschreiben vom 30. Januar 1922 das Ersuchen an seine Mitglieder gerichtet, die Aufforderung der Lan- desgruppe Sachsen des Deutschen Beamtens- bundes zu befolgen.

Nach der Publikation der Verordnung des Hrn. Reichspräsidenten vom 1. Februar 1922, Reichsgesetzblatt Nr. 12, S. 187, ist eine Auf- forderung der sächsischen Beamtenschaft der Staatsregierung nicht bekannt geworden. Die Auffassung der Herren Fragesteller, daß sich die betreffenden Beamtensorganisationen bewußt gegen die Verordnung vom 1. Februar 1922 wenden, ist nach der hier vorgebrachten Feststellung nicht richtig. Die Staatsregierung hatte darum keinen Anlaß gehabt, in irgendwelchen Fällen in der Zeit des Streiks der Reichsgewerkschaft der Eisenbahner zu befähigen, daß Beamte durch Verweigerung der freiwillig und unter Über- leistung übernommenen Dienstverpflichtungen auf die ihnen als Beamten zustehenden Rechte und Vorteile nach eigenem Entschluß verzichten.

Zu einigen Auslassungen des Hrn. Abg. Hofmann gestatten Sie mir dann noch kurz eine Bemerkung! Ob dieser Bericht eines Teiles der Beamtenschaft eine bolschewistische, eine kommuni- stische oder eine nationalistische Klage hatte, weiß ich nicht; ich habe auch keinen Anlaß ge- habt, das nachzuprüfen, weil ich weiß, daß in der Reichsgewerkschaft alle politischen Gruppen vertreten sind, in trautem Ver- in Kommunikation, Deutschnationalen und Sozialistengruppen darunter. Ich weiß aber, daß die Gruppe, die den Streik macht als das einzige Mittel, jetzt ihre Forde- rungen durchzusetzen, bezweckt hat, der bisher immer gradlinig Stand bei denjenigen geweten ist, die monarchistisch, nationalistisch, also recht- politisch gerichtet sind, ich meine den Stand der Volksmotivführer. Und ich weiß, daß die Volksmotivführer im allgemeinen es als eine Pflicht- angelegenheit haben würden, wenn sie als Sozialdemokraten oder gar als Kommunisten bezeichnet worden wären. Wie sie jetzt gerichtet sind, weiß ich nicht.

Aber ich kann auch eine andere Auffassung haben, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe, um auch für spätere Zeit die Zoku- mente aufzubewahren, auf die Anfrage Nr. 564 einen kleinen Zettel gefaltet, der lautet:

„Arbeiter, Beamte, denkt daran!“

Als im März 1920 beim Kapo-Busch die Ministerpräsident der roten Regierung ins Baden- Lemmer, als die sozialdemokratische Gewerks- chaft feige in Heroldsmühl nach Treiben auslief, da rief Euch die rote Regierung zum Generalstreik auf. Heute, da Ihr in äußerster Not zum Streik greift, bedrückt Euch dieselbe schwarz-rot-gelbe Regierung für dieselbe Tat mit Gefängnis und W. G. Das ist der Dank vom Haupte Ober-Präsident. Beamte, merkt Euch das! Wie wieder eine Stimme für die sozialdemokratisch-unabhängig-kommunistisch- bolschewistischen Beamten- und Arbeiter- verdräter.“

(Zuruf bei den Sozialisten: Treibt Deutschnational!) Ich weiß nicht, von wem der Zettel herkam, jedenfalls nicht aus den Reihen einer Partei, die links in diesem Hause sitzt; ich will auch keine andere Partei damit identifizieren. Ich weiß, daß es Menschen gibt, die jede Gelegenheit wahr- nehmen, im Trüben zu fischen oder Vorteile aus einem Unglück für sich herauszuschälen. Das geschieht nicht nur durch den Zettel, sondern auch durch eine andere Agitation und Polemik.

Nun hat der Abg. Hofmann die schnelle Täusch- lichkeit der sächsischen Regierung zwar nicht gelobt, aber angeführt, daß in den letzten Augusttagen 1921 auch eine Verordnung auf Grund des Ar- tikel 48 erlassen wurde. W. G! Die Verord- nung kam am 28. August; die Situation war damals so, wie ich schon einmal in diesem Hause betont habe, daß alles getan werden mußte, um aus einem Fünftel nicht einen großen Brand werken zu lassen, der sich über unser ganzes Vaterland verbreiten konnte. Ich habe in meiner Erklärung nachgewiesen, daß alle Rundschreiben und Aufforderungen der Beamtengewerkschaften, der Polizeibeamtenschaft, der Lehrer, der deut- schen Beamtengewerkschaft, denen auch deut- schen Reichstagsabgeordnete angehören, vor dem 1. Februar, vor der Zeit, als die Verord- nung des Reichspräsidenten ins Land ging, be- kannt wurden. Mir ist kein Fall in Sachsen be- kannt geworden, wo nach dem 1. Februar ein Ruf zur Nichtbeachtung dieser Verordnung von seiten sächsischer Staats- oder Gemeindebeamter ins Land gelaufen worden wäre.

Zur Begründung des Antrages Nr. 567 erhält das Wort

Abg. Ziemert (Rom.):

Der Streik der Eisenbahner hatte Sympathien in der ganzen Beamtenschaft. Aus welchen Ur- sachen der Streik entstand, darüber braucht man hier in diesem Hause keine großen Reden zu führen. Wir alle wissen, daß die Teuerung an- hält, daß die Arbeiter mit ihren höheren Löhnen ihre Lebenshaltung nicht bestreiten können. Die höheren Löhne können bei weitem nicht die Teuerung aller Kreise wettmachen, und genau so wie den Arbeitern, geht es den Beamten; die Gehaltsgruppen I bis VII haben solche Schalter, daß es unmöglich ist, damit als ordentlicher, an- ständiger Mensch durchs Leben zu gehen. Und wenn Dr. Abg. Hofmann hier sagte, die Ehre der Beamten sei erschüttert worden, so sage ich: wenn die Ehre des Beamten in Konflikt kommt mit dem Hunger des Beamten, dann wird jeden- falls die Ehre immer verloren gehen müssen,

denn der Hunger ist ein Moment, das bei der Beurteilung solcher Dinge vor allen Dingen mit in Betracht gezogen werden muß. Und wenn wir hier feststellen, daß einem großen Teile deutscher Beamten, auch jüdischer Beamten und auch Gemeinbedienten, Hungerlöhne gezahlt werden, dann ist das eine Feststellung, die von allen Beamten und Arbeitern ohne weiteres unterschrieben werden wird. All das Gerede, daß diese Bewegung der Eisenbahner ein Schritt von links oder ein Schritt von rechts sei, ist damit erledigt. Diese Ansicht, die Dr. Dr. August Müller von den Sozialdemokraten am 14. Februar in der Staatszeitung vertritt, daß man schreibt, soweit die innere Politik Deutschlands in Betracht kommt, ist dieser Streik ein Verbrechen gewesen, muß ganz entschieden abgelehnt werden. Wenn in diesem Streik Verbrechen begangen worden sind, dann sind unserer Ansicht nach Verbrechen begangen worden von der Reichsregierung in dem Sinne, daß sie durch Nachlässigkeit und ungenügendes Eingehen auf die gerechten Forderungen der unteren Gehaltsgruppen das Feuer schützte und den Streikausbruch begünstigte. Wenn man schon von Verbrechen sprechen will, dann sind die Verbrechen auf der anderen Seite zu suchen, nicht aber in den Reihen der Beamten.

Wenn man nun unseren Antrag ansieht, dann verlangen wir in ihm, daß die Regierung beauftragt werden soll, daß bei der Reichsregierung darauf hingewirkt ist, daß keine Maßregelungen der beim Streik beteiligten Eisenbahner stattfinden. Wir glauben, daß dieser Antrag die Zustimmung aller finden muß, auch die Zustimmung der Rechten dieses Hauses. Was wird denn mit Maßregelungen erreicht? Nicht das, was man bezweckt. Mit Maßregelungen wird man einen kommenden Streik niemals verhindern, im Gegenteil, die Maßregelungen werden die Beamten verbittern. Weiter fordern wir, daß keine Belohnungen für Streikbrecher gesucht werden sollen, und wir glauben, daß diese Forderung ebenfalls durchaus berechtigt ist und von jedermann unterstützt werden muß. Ich möchte in diesem Zusammenhang sagen, daß und die Stellungnahme der jüdischen Vertreter oft und die Stellungnahme der jüdischen Polizeibeamten zeigt, daß das Personal kommunistischer Elemente aus dem Staatsdienst nicht davon hängt, daß die Beamten eines Tages mit uns Kommunisten gemeinsam diesen kapitalistischen Staat stürzen werden, weil er ihnen die Existenz nicht mehr sichert. Sie sehen, daß es Verhältnisse sind für das Leben der kapitalistischen Gesellschaft nicht gibt.

Noch ein Wort zu der Verordnung, die den Namen Ebert trägt, und die vom ganzen Reichskabinett gezeichnet worden ist. Wir sind der Meinung, daß diese Verordnung ein glatter Verfassungbruch ist. Es ist eigentlich, daß die Kommunisten, die immer behauptet werden, die Verfassung nicht zu respektieren, hier auftreten und sich dafür einzusetzen müssen, daß in solch einem Fall die Verfassung respektiert werden soll. Art. 159 der Reichsverfassung sagt ganz klar:

Die Vereinigungsfreiheit zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Alle Abreden und Maßnahmen, welche diese Freiheit einschränken oder zu behindern suchen, sind rechtswidrig.

Wozu organisieren sich die Beamten? Etwa aus Spielerei, etwa um Beiträge zu zahlen? Doch nur aus dem einen Grunde, um wirtschaftlich ihre Existenz sicherzustellen, um durch ihre Organisation wirtschaftliche Vorteile zu erlangen, um sich gegen die Verelendung ihrer Existenz zu sichern! In dem Konzentrat wird ausdrücklich gesagt, daß auch den Angestellten und den Beamten beim Staat und beim Reich dieses Recht zugehört. Wir sagen also, diese Verordnung war unzulässig, und noch dümmere und noch gemeingefährlicher war das Vorgehen des Polizeipräsidenten in Berlin, der auf diese Verordnung noch eine drakonische Verhaftung der Streikführer und Beschlagnahme der Gelder der streikenden Beamten. Erst durch diese Verordnung, erst durch dieses Vorgehen, ist die Solidarität der Beamten zusammengebrochen worden. Wir freuen uns, daß die Beamten gezeigt haben und daß sie den Arbeitern ein Beispiel gegeben haben, wie man solidarisch gemeinsam kämpfen muß, wenn man etwas erreichen, etwas herausfordern will.

Ich will nun noch ganz kurz auf folgendes eingehen: Was hat man durch die Verfügung erreicht? Welchen Zustand haben wir dadurch bekommen? Die Verordnung des Reichspräsidenten hat Sturm gefächert. Die Maßnahmen des Polizeipräsidenten von Berlin Richter haben Sturm gefächert, die Verordnung des Hrn. Groener ist eine Dummheit, die von keinem Menschen gebilligt werden kann. Die Verordnung, die zuerst herauskam, lautete so, daß den streikenden Beamten das Betreten der Bahnanlagen verboten werden müsse. Was haben danach die Behörden getan? Was machten die Vorgesetzten der Dienststellen, als die streikenden Beamten kamen und sagten: Wir wollen die Maschinen unter Dampf halten, wir wollen das Wasser ablassen, wir wollen dafür sorgen, daß an dem Tage der Beendigung des Streikes der Verkehr wieder aufgenommen werden kann, — da erklärten diese Dienststellen: Hier in dieser Verordnung steht, daß wir jedem streikenden Beamten den Zutritt zu den Bahnanlagen verweigern müssen. Wozu hat das geführt? Es hat dazu geführt, daß ungeheure Schäden der Gesamtwirtschaft zugefügt wurden. Auf den Bahnhöfen, wo Lokomotiven standen, sind viele Kohle geplagt und ungeheure Schäden sind entstanden durch die lächerliche Verordnung eines Reichsverwehrensministers, der jedenfalls von diesen Dingen keine Ahnung hat. Ich muß weiter sagen, daß eine ganze Reihe von Maßregelungen stattgefunden hat, und wir haben alle Ursache, uns gegen diese Maßregelungen entschieden zu wenden. Es sind in Leipzig über 200 Beamte und Eisenbahnarbeiter gemahnt worden, und es stehen noch Maßregelungen in weiteren Gebieten Sachens in Aussicht. Deswegen glauben wir, das Haus muß fordern, daß die jüdische Regierung mit allem Nachdruck verlangt, daß Maßregelungen nicht stattfinden dürfen.

Wozu alle diese Dinge geführt haben, dafür noch einige Beispiele. Es ist uns mitgeteilt worden, daß auf dem Bahnhof Chemnitz in dem dortigen Lokomotivschuppen, eine ganze Reihe Lokomotiven durch diese Verordnung Groeners vollständig kaputt gemacht worden sind, daß im Heizhaus Bahnhof West 70 Maschinen kaputt gegangen sind, wovon sie keine Ahnung hat. Es wird uns weiter mitgeteilt, daß eine Maschine kaputt gefahren worden ist auf der Strecke zwischen Berlin und Leipzig, weil ein Regierungsrat diese Maschine bediente. Er soll seine Finger davon lassen, wenn er es nicht versteht. Es wird weiter mitgeteilt, daß eine Maschine von der Technischen Rothhilfe zwischen Halle und Leipzig kaputt gefahren worden ist. Das sind Dinge, die es uns zeigen, daß die Maßnahmen der Reichsregierung, die man getroffen hat, diesen berechtigten Streik zu unterbinden, das Gegenteil erreicht hat. Wenn heute festgelegt worden ist, daß die Beamten ihre Bewegung abgebrochen haben, daß sie sich auf ein Kompromiß einließen, so sagen wir: Es gibt nur eine Möglichkeit, solche Bewegungen künftighin zu vermeiden: Man gebe den Beamten so viel Lohn, daß sie sich lassen können, man gebe den Arbeitern den Lohn, den sie haben müssen, um anständig zu leben. Wir stellen fest: Nach Prüfung der Dinge müssen wir sagen, daß auf der rechten Seite des Hauses bei vielen die subjektive Voraussetzung dazu fehlt, zum großen Teile den Arbeitern und Beamten den Lohn zu geben, den sie haben müssen. Wir stellen weiter fest, daß die objektiven Voraussetzungen nicht mehr vorhanden sind, daß infolgedessen die Wirtschaft den Arbeitern und Beamten nicht das geben kann, was sie haben müssen, um leben zu können. Deswegen sagen wir: Wenn dieser Streik mit einer so großen Gewalt ausgebrochen ist, so zeigt er, daß sich diese Bewegung wiederholen wird, so zeigt er uns, daß unsere Ansicht richtig ist, daß die Todeskünde der kapitalistischen Gesellschaft geschlagen hat. Die Beamten und Landarbeiter und das Industrieproletariat werden unter dem Druck der kapitalistischen Gesellschaft gezwungen, um ihre Lebenslage zu kämpfen, und der Kampf um ihr nacktes Leben führt zu dem Sturz der kapitalistischen Gesellschaft, führt zum Siege der kommunistischen Idee. (Bravo! bei den Komm.)

Abg. Casan (Soz.):

Der letzte Untergang der ganzen Bewegung liegt in der ungeheuren Verschlechterung der Lebenshaltung der breiten Massen, die sich auch bei den Beamten und Eisenbahnarbeitern auswirkt. Und wenn ausgerechnet eine Gruppe beim Eisenbahnerstreik hervorgetreten ist, die Lokomotivführer, so ist das vor allen Dingen in der Tatsache zu suchen, daß sich die Lebenshaltung dieser Schicht nicht nur im Maße der allgemeinen Entwürdigung verschlechtert hat, sondern daß sie sich darüber hinaus verschlimmert hat, daß sich das Verhältnis dieser zu anderen Kategorien wesentlich ungünstiger gestaltet hat. Und nichts wirkt so aufreizend, wie die relative Verschlechterung, die darin besteht, daß die Stellung der eigenen Gruppe immer tiefer und tiefer heruntergedrückt wird gegenüber dem Niveau, das man früher eingenommen hat. Die Ursachen dieser Verschlechterung der Lebenshaltung der gesamten Bevölkerung liegen vor allen Dingen an dem verlorenen Krieg und in jener Politik, die früher unter Führung der Konservativen, unter Führung der deutschnationalen Partei getrieben worden ist. Und wenn wir die Frage nach der Beseitigung ähnlicher Ursachen, wie sie den Eisenbahnerstreik gebracht haben, heute aufwerfen, so lautet die Antwort klipp und klar: wir müssen alles tun, daß jenes Regime, welches diese Zustände verschuldet hat, nie wiederkehrt, wir müssen alles tun, daß künftig wieder die Politik getrieben wird, die den Interessen der großen breiten Schicht der Beamten, Angestellten und Arbeiter entspricht. Das können wir aber nur, wenn eine einige und gefällige Front der Massen unschließt. Wenn es eine politische Schicht gibt, die keine Ursache hat, jetzt darüber zu zögern, ob der heutige Staat, die heutige Gesellschaft, ihre Pflicht gegenüber den Beamten nicht erfüllt, dann sind es jene Herren auf der rechten Seite des Hauses. Wir brauchen uns bloß zu erinnern, wie die Situation und die Haltung jener Schicht noch unmittelbar vor dem Kriege war, und die führende „Deutsche Zeitung“ erklärt ja auch heute noch klipp und klar: jeder Streik ist ein Verbrechen an der Wohlfaßt des Volkes. (Sehr richtig! rechts.) Wenn es eine Schicht gibt, die keine Ursache hat, darüber zu reden, daß die materiellen Belange der Massen heute nicht erfüllt werden können, so sind es wiederum jene Schichten, die unter relativ günstigen materiellen Bedingungen lebend trotz der bestehenden Ansprüche der Beamten auf materielle Verbesserung, auf rechtliche Befreiung von einem unwürdigen politischen Sklavenzustand nichts gegeben und nicht getan haben, als sie noch über eine beinahe absolute Macht verfügten. (Zuruf rechts: Strafen!) Was man nicht kapieren kann und was man nicht widerlegen kann, das spricht man eben als Strafen an. (Zuruf des Abg. Grelmann.) Ein deutschnationaler Lehrer natürlich, eine politische Wüßgeburst an sich, kann das nicht begreifen. (Weiter links. — Lachen rechts.)

Stellv. Präsident Wünger (unterbrechend):
Dr. Abgeordneter, dieser Ausdruck ist unzulässig, ich rüge ihn. (Abg. Grelmann: Er fränkt mich nicht!)

Abg. Casan (fortfahrend):

Ich will also sagen, nach jener Seite hin dürfen sich die notleidenden Schichten nicht wenden, denn da sind sie überflüssig. Aber ich muß leider auch das unterstreichen, was von Hrn. Kollegen Siemert betont worden ist, daß bei der ganzen Geschichte unendlichweise Öl ins Feuer gegossen worden ist und daß Dummheiten über Dummheiten von den verantwortlichen Stellen und bei der Zentrale gemacht worden sind. (Abg. Renner: Fräse! Vertil!) Ich will auf Einzelheiten nicht weiter eingehen, ich muß aber sagen, es war nicht nur unklug, sondern auch taktisch außerordentlich ungeschickt,

daß in einem Augenblick, wo die reale Machtposition gar nicht gegeben war, gegen die Eisenbahner mit dem Streikverbot, mit Beschlagnahmen und dergleichen vorgegangen worden ist. Es gibt nur eine Möglichkeit, solchen Dingen zu begegnen, wenn wir künftighin nicht nur den Forderungen der Beamten, soweit sie auf die Beseitigung der allerdrückendsten Räte hingen, Gerechtigkeit widerfahren lassen, sondern auch dafür sorgen, daß endlich mit dem ganzen System der heutigen Befolgschaftspolitik gebrochen wird.

Mit diesen Ausführungen will ich aber nicht etwa dem Sondervergehen der Reichsgewerkschaft das Wort geredet haben. Das, was zuletzt von den Streikenden als Forderung aufgestellt worden ist, die Beseitigung des Arbeitsgesetzes, die Erhöhung auch der Grundlöhne, der Grundgehälter, das ist keine Forderung der Reichsgewerkschaft, das ist nicht eine Sache, die lediglich diese Schicht, auch nicht eine Sache, die lediglich die Eisenbahn angeht, sondern das sind allgemeine Belange, allgemeine Rechtsgüter und materielle Güter, die die Lebensinteressen der Beamten- und Arbeiterchaft im allgemeinen betreffen, und da muß ich sagen, es widersteht jeder Erfahrung, jedem Grundgesetz gewerkschaftlicher Disziplin, in einem Augenblick, wo die Massen der Beteiligten sich durch ihre Vertreter in Verhandlungen befinden, vor Abbruch dieser Verhandlungen einfach den Verhandlungstisch zu verlassen und eigenmächtig gegen den Willen der Repräsentanten der großen Masse der Gewerkschaftler einseitig in den Kampf einzutreten. Tatsächlich, daß, wie der „Vorwärts“ vor kurzem spasshafterweise feststellen konnte, „Tag“ und „Rote Fahne“ die einzigen Blätter waren, die rüchlos und ohne Einschränkung diesem Kampfe zustimmten, sonst niemand, ergibt sich hier wieder die alte Erfahrung, daß die Extreme von der äußersten Rechten und von der äußersten Linken sich berühren, (Zuruf bei den Kom.: Jetzt reden Sie aber Quatsch!) und das Pamphlet, das der Hr. Ministerpräsident vorgelesen hat, legt den Beweis dafür ab, daß wieder einmal diese Geschichte auch hier stimmt. (Zuruf bei den Kom.: Jetzt haben Sie aber wieder einmal viel Unsinns gesprochen!) Es ist nicht Unsinns, was ich spreche, ich weiß nicht, wo der Fehler steht, ob in Ihrer Kenntnis, in Ihrem Kopfe, in Ihren geistigen Fähigkeiten oder in Ihrer Moral. Wenn Sie einmal einen Augenblick hören wollten, dann werden Sie es zugeben müssen. (Zuruf bei den Kom.: Sagen Sie nur einmal den Beamten, wie Sie ihnen helfen wollen!) Das ist wieder so eine faule Retourkutsche. Ihr Redner hat erklärt, wir fordern das und das von euch, aber wir können euch nicht helfen, ihr seid zu unfähig dazu. (Zuruf bei den Kom.: Helfen Sie doch den Beamten!) Von diesem Rezept werden die Beamten nicht satt, das habe ich eben angedeutet. Wir müssen den Finger klar ins Gesicht setzen. Wenn ich das sage, daß die einseitige Bewegung einer Kindersektengruppe der Eisenbahner den gewerkschaftlichen Erfahrungen und Abungen widerspricht, so ist das nicht lediglich ein theoretischer Satz. Aus solchen Bewegungen, wenn sie nicht eingebremst werden, wenn sie nicht in normale Bahnen geleitet werden, ergibt sich notwendigerweise eine Desorganisation der gesamten kämpfenden Arbeiterchaft. Sämtliche Sonderaktionen, wenn sie nicht eingeschränkt werden, müssen zur Zerlegung, Zersplitterung, Zerschlagung der ganzen gewerkschaftlichen Arbeiter führen. Ich habe aber die seltsame Überzeugung, daß früher oder später auch jene Schichten mit uns, mit der gewerkschaftlichen Bewegung im allgemeinen, eine Einheitsfront bilden werden.

Nun die Frage der Streiks an sich! Ich halte es für außerordentlich gefährlich, wenn man in diesem Augenblicke, wo eben eine kämpfende Beamtenschaft aus dem Streik herausgekommen ist, mit Vergeltungsmaßnahmen, mit Maßregelungen vorgeht, wenn man in diesem Augenblicke etwas versuchen wollte, mit kriminellen Bestrafungen des Streikes den Dingen zu Leibe zu gehen. Wir wissen, daß solche Fragen, die geboren sind aus dem tiefsten Gefühl des Unbeherrschbarkeits, der Unhaltbarkeit der materiellen Zustände, sich wahrlich nicht durch Zwangsmaßnahmen regeln lassen. (Sehr richtig! bei den Demok. — Ja also! bei den Kom.)

Wir können uns auch nicht der Notwendigkeit verschließen, klar Stellung zu nehmen zu der Frage des Beamtenstreiks an sich, und da sage ich folgendes. Rechtlich existiert kein Verbot des Beamtenstreiks. Die Verordnung des Reichspräsidenten hat ja automatisch, wie erklärt worden ist, mit dem Streik ein Ende erreicht. Wir haben in der Verfassung die Koalitionsfreiheit, ein Verbot des Beamtenstreiks existiert nicht. Aber was bedeutet das, wenn der Beamte nun von dem Recht Gebrauch macht, die Arbeit einzustellen, die Arbeit zu verweigern? Das bedeutet, daß er natürlich dem anderen, dem Vertragspartner auch wiederum vollständige Handlungsfreiheit gibt. (Abg. Renner: Aber nicht gegen die Verfassung!) Nein, ganz sicher nicht. Aber ich möchte sagen, daß dann der andere natürlich das Recht hat, auch seine wirtschaftlichen Nachmittel in die Waagschale zu werfen, und die Beamtenschaft muß sich darüber klar sein: stellt sie die Arbeit ein, legt sie ihre vertraglich eingegangenen Verpflichtungen beiseite, dann hat sie auch dem anderen die Möglichkeit gegeben, seinerseits vom Vertrag zurückzutreten. So ist also jeder Beamtenstreik ein Kampf um die eigene Beamteneigenschaft, ein Machtkampf, das wird niemand bestritten, bei dem es um Sein oder Nichtsein auch der Beamtenschaft geht. Darüber hinaus ist nun die Frage, was tut der Staat als Vertragspartner, sofern und soweit er Repräsentant der Allgemeinheit ist? Es ist darauf hinzuweisen, daß bestimmte Berufsgruppen aufs tiefste das Wohl der Allgemeinheit in ihren Lebensinteressen betreffen, und daß das Wohl und die Lebensinteressen der Allgemeinheit noch höher stehen müssen als die dieser bestimmten Berufsgruppen. Das heißt, daß der Staat sein muß im Streik, nicht bloß bei Beamteneigenschaft, sondern auch bei Streiks lebenswichtiger Betriebe, wird jedem klar sein, der einigermaßen mit den Dingen vertraut ist, und da sage ich

folgendes: diese Ereignisse müssen notwendigerweise zu einer bestimmten Regelung führen, es müssen bestimmte Maßnahmen getroffen werden, die es verhindern, daß ohne zwingende Not die Arbeitseinstellung lebenswichtiger Betriebe erfolgt. Diese Einschränkungsbestimmungen dürfen nicht in der Hand von Interessenten liegen, sondern man müßte sie neutralen Stellen in die Hand geben.

In diesem Zusammenhange komme ich auf die Frage der Notstandsarbeiten. Der Hr. Kollege Siemert hat ganz mit Recht darauf hingewiesen, was für Böde hier gemacht worden und was für Verluste an Material dadurch entstanden sind, daß man selbst den Streikenden, die sich anbieten, Notstandsarbeiten zu verrichten, das Betreten der Bahnanlagen verweigert hat. Ich bezweifle es außerordentlich, daß der jüdische Wirtschaftsminister dafür eingetreten ist, dort, wo die Leistung der Notstandsarbeiten angeboten worden ist, vom Einsetzen der Technischen Rothhilfe abzusehen. Die Technische Rothhilfe, die Leistung von Notstandsarbeiten, wird auch, wenn wir künftig solche Kämpfe haben werden, nicht umgangen werden können. Aber wenn diese Technische Rothhilfe zu einer Gefahr wird nicht nur für den kämpfenden Arbeiter, sondern auch für unser ganzes Staatswesen, muß sie aus ihrer einseitigen Einstellung herausgeholt werden und muß zu einer Sache der Allgemeinheit werden. In erster Linie gilt der Grundsatz: Für Notstandsarbeiten, die der Erhaltung lebenswichtiger Betriebe dienen, sind neutrale Mächte einzusetzen, aber nicht ganz einseitige der Arbeitgeber und nicht ganz einseitige der kämpfenden Arbeitnehmers.

Die Kommunisten haben den Antrag gestellt, keine Maßregelungen stattfinden zu lassen, keine Belohnung für die Streikbrecher zu zahlen, sie haben den Antrag gestellt, daß die berechtigten Forderungen der Eisenbahner erfüllt werden. Dem stimmt meine Fraktion zu. Wir sind selbstverständlich immer dafür eingetreten, daß die berechtigten Forderungen der Beamten unter allen Umständen erfüllt werden müssen. Wir sind dagegen, daß die Streikbrecher besonders belohnt werden. Wir verstehen allerdings die Leistung der Notstandsarbeiten nicht als Streikbrecher, und wir sind weiter der Meinung, daß der Friedensvertrag, wie er zwischen den Streikenden und zwischen der Regierungsbeteiligung beschlossenen worden ist, loyal ausgeführt werden muß.

Dann noch ein Wort zur Frage der Sympathieerklärung der Polizeibeamten. Kurze Zeit nachdem diese grundsätzliche Rundgebung der Polizeibeamten hinausgegangen war, ist eine Umfrage veranstaltet worden. Diese hat ergeben, daß sich nirgendwo Anzeichen bemerkbar machen, daß irgendein Beamter der Landespolizei an seinen Dienstpflichten irre geworden wäre. Wenn bestimmte Herren nicht unterscheiden können zwischen Sympathieerklärung für die Forderungen der Streikenden und der restlosen und bedingungslosen Erfüllung der Dienstpflicht, dann liegt das daran, daß jene Herrschaften gewohnt sind, immer persönliche Interessen unmittelbar zu verknüpfen mit ihren dienstlichen Verpflichtungen.

Die Todeskünde des Kapitalismus, sagt Dr. Siemert, hat geschlagen. Ich bin der Meinung, daß früher oder später der Kapitalismus einmal zu Grabe getragen werden muß, schon nach dem Wesh der geschichtlichen Entwicklung. Aber ebenso festsetzt bin ich der Überzeugung, daß diese Umgestaltung der Verhältnisse nicht ein Ergebnis der Gewaltanwendung irgendeiner Mehrheit sein kann, sondern daß dieses Ergebnis nur ein gleichmäßiges Produkt der wirtschaftlichen Umgestaltung wie der sittlichen Erziehung und technischen Einstellung der Arbeiterchaft in ihrer großen und entscheidenden Mehrheit sein kann. Und dieser Kampf um die Seele der Arbeiterchaft, das ist der in der Gegenwart allerwichtigste. Ich habe aber auch die seltsame Überzeugung, daß diese Kräfte, die heute noch unter der Ungunst der Verhältnisse zu wilden Bewegungen getrieben werden, mehr und mehr nicht nur den Umkreis ihrer Rechte als freie und gleiche Staatsbürger einengen werden, sondern auch den Umkreis ihrer Pflichten, der jeden moralisch dazu zwingt, auch seinerseits die volle Verantwortung für die Gestaltung des Staats- und Wirtschaftslebens zu übernehmen. Ich bin der Meinung, daß diese Entwicklungslinie dazu führen wird, daß letzten Endes Einsicht, Kraft, Verstand die Beamtenschaft schulter an schulter bringen wird mit der Arbeiterchaft im allgemeinen, daß diese Entzweiung zur demokratischen Verantwortlichkeit letzten Endes auch dazu führen wird, daß kein Widerspruch mehr existiert zwischen den Beamtenforderungen, den Beamtenrechten und -interessen und den Interessen der Gesamttheit (Sehr richtig! bei den Soz.), daß das demokratisch-sozialistische Staatsziel und die Beamteninteressen in diesem Stadium der Entwicklung eine vollständige harmonische Einheit bilden werden. (Bravo! bei den Soz. — Zurufe bei den Kom.)

Abg. Blüher (Dsch. Sp.):

Wir halten die Tatsache, daß ein Eisenbahnerstreik eine Woche lang in der heutigen, gegenüber dem Ausland, so außerordentlich schwierigen Zeit das deutsche Wirtschaftsleben lähmen konnte, für eine außerordentlich ernste Tatsache (Sehr richtig! links), für eine so ernste Tatsache, daß wir meinen, im Anschluß daran zu diesen Fragen einmal grundsätzlich und klar Stellung nehmen zu müssen. (Sehr richtig! bei den Kom.), etwas klarer, als die Stellungnahme des Hrn. Kollegen Casan war, als der ich nicht ganz klug geworden bin, ob er nun den Beamtenstreik für zulässig hielt oder nicht. Wir meinen, man muß klipp und klar sagen: ein Beamtenstreik ist unzulässig. (Sehr richtig! rechts. — Zuruf bei den Kom.: Wenn sie in der 13. Gehaltsklasse sind!) Auf die Frage werde ich noch zurückkommen. In der Reichsverfassung findet sich über die Beamten in dieser Richtung nur, daß ihnen die Vereinigungsfreiheit gewährleistet wird. (Zuruf bei den Kom.: Zur Wahrung ihrer Interessen!) Selbstverständlich! Mit der Frage des Streiks und des Streikrechtes hat die Gewährleistung des Vereinigungsrechtes nicht das mindeste zu tun. (Sehr richtig! rechts. — Widerspruch und andauernde Zurufe bei den Kom. — Hammer des Präsidenten. — Stellvert. Präsident Wünger:

(Fortsetzung in der Beilage.)

Ich erlaube Sie, nicht fortwährend zu unterbrechen! Also, ich gehe von der Tatsache aus, daß die Reichsverfassung über die Frage des Streiks nichts enthält. Weiter ist richtig, daß ein ausdrückliches Streikverbot für Beamte nicht besteht. Aber die Unzulässigkeit des Streiks folgt nach unserer Auffassung aus dem Beamtenverhältnis und aus dem Charakter des Staatsamtes. Wer zum Reich oder zum Staat oder zu einem anderen öffentlichen Gemeinwesen in das Verhältnis des Beamten tritt, der widmet damit seine gesamte Kraft, sein gesamtes Wissen diesem Dienste. (Zuruf bei den Kom.: Tem Dünker vielleicht!) Diese Widmung bedeutet, daß er nicht berechtigt ist, noch dazu unter Außerachtlassung derjenigen Fristen, die für eine Kündigung in Bezug auf die Aufgabe des Amtes gestellt sind, den Dienst zu verweigern. (Zuruf bei den Kom.: Aber zu verhungern!) Der Beamte darf den Dienst nicht unberechtigt verweigern. Daraus folgt, daß der Streik des Beamten unzulässig ist, daß der Streik für den Beamten kein Mittel sein kann, um sich materielle oder ideelle Rechte zu erwerben. Der Eisenbahnerstreik war also rechtlich unzulässig, er war weiter deswegen besonders bedenklich, weil es ein sogenannter wilder Streik war, und dritten, weil er die sogenannten lebenswichtigen Betriebe betraf. Trotzdem, daß wir den Streik als unzulässig ansehen, stehen wir der Tatsache gegenüber, daß eine ganze Reihe von Beamten, an deren Pflichterfüllung zu zweifeln wir absolut keinen Anlaß haben, in diesen Streik sich haben hineinreihen lassen, und da ist es schon notwendig, daß man auf die Gründe eingehen möchte.

Die Gründe liegen zweifellos in erster Linie darin, daß die Forderung der Beamenschaft in Bezug auf die Besoldung nicht dasjenige Gehalt bei der Reichsregierung gefunden haben, das sie hätten finden sollen. Sämtliche Parteien dieses Landtages haben sich bei der Verabschiedung der Besoldungsvorlage im Juni vorigen Jahres auf den Beschluß geeinigt:

die Regierung zu ersuchen, mit allem Nachdruck bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der niedrigste Anfangsgrundgehalt auf den Gehalt der Gruppe IV erhöht wird und bei den mittleren und oberen Beamtenstufen Dazüge ausgeglichen werden und daß ferner, soweit auf Grund der besonderen sächsischen Verhältnisse Einkünfte über das Reichsbesoldungsgesetz hinaus vorgekommen sind, es bei den Besoldungen des Besoldungsausschusses bleibt.

Und bei der Verabschiedung der Besoldungsordnung am 13. Dezember 1921 hat der Hr. Abg. Anders namens der Fraktion der Deutschen Volkspartei eine ähnliche Erklärung abgegeben. Und weiter darf ich darauf hinweisen, daß unsere Parteifreunde im Reichstag noch bei der Beratung des letzten Nachtrages zur Besoldungsordnung am 22. Januar den Antrag eingebracht hatten, in demjenigen Orden, in denen die Arbeiter im Reichsdienst Überenergetzungsbezüge gehabt werden, den Beamten von gleichem Zeitpunkt ab einen Zuschlag in Höhe ihres Ortszuschlages zu gewähren und die Teuerungszuschläge zu den Kinderzulagen vom 1. Januar 1922 ab 40 Proz. betragen zu lassen. Die Mehrheit nahm aber die Regierungsvorlage unverändert an. So hatte aber wenigstens auf Anregung der Deutschen Volkspartei der Hr. Finanzminister sich bereit erklärt, sofort nach Verabschiedung der Vorlage in eine Erörterung mit dem 3. Ausschuss über eine Neuregelung der Beamtenbesoldung einzutreten. Also davon, daß hier ein besonderer Fischzug für die Kommunisten oder Sozialisten gemacht werden könnte, kann keine Rede sein. Wir erkennen an, daß die Gründe für diesen Streik darin lagen, daß die berechtigten Wünsche der beteiligten Stellen nicht erfüllt worden waren. Aber das kann nicht darüber hinwegsehen, daß der Streik zu einer Zeit proklamiert wurde, wo die Verhandlungen über die Sicherstellung im vollen Gange waren. Das war der eine Grund.

Der andere Grund, wie es zu dem Streike kommen konnte, war die Verwirrung, die in Bezug auf das ganze Streikverbot allmählich in Deutschland eingetreten ist. (Lebhaftes Zehr richtig! rechts.) Dieses Streikverbot, das allerdings vor allen Dingen von den Parteien der Linken geradezu genächtet worden ist, (Zuruf links: Arg!) dieses Streikverbot, das mit einer geordneten Volkswirtschaft, mit dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft absolut unvereinbar ist, (Zehr richtig! bei der Dsch. Volksp.) hat eine Verwirrung in die Köpfe getragen, daß heute ein großer Teil der Beamten, die an dem Streike beteiligt waren, sich an die Köpfe greift und sich fragt: Wie konnte das geschehen? Wie konnte das geschehen, das ist der dritte Punkt. Weil sich Elemente dieser Bewegung bemächtigt haben, denen alles andere am Herzen lag als das Interesse der beteiligten Beamtenkreise, (Zehr richtig! rechts.) Wir wissen heute, und das hat ja das Auftreten des Hrn. Kollegen Giewert heute bewiesen, daß die Herren Kommunisten glaubhaft haben, ihre schlaf gewordenen Segel bei dieser Gelegenheit wieder mit etwas mehr Wind füllen zu können. Wir müssen klipp und klar aussprechen: Der Beamtenstreik ist unzulässig. Wir glauben aber, nach den Verhältnissen, unter denen der Streik jetzt stattgefunden hat, ist es richtig, daß keine Radepolitik geführt wird. Das soll nicht dazu führen, daß wir denjenigen Stellungnahme in den Rücken fallen wollen, die die Reichsregierung unter Billigung auch der Mehrheit der Sozialdemokratie eingenommen hat. Und wir können es nicht verstehen, wenn der Hr. Abg. Casan gesagt hat: Wir stimmen glatt für den kommunistischen Antrag, während die große Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei im Reichstag sich hinter die Reichsregierung in diesem Punkte gestellt hat. Wir meinen, man muß hier unterscheiden zwischen den verantwortlichen Führern und den Mitläufern. Auf der anderen Seite müssen wir natürlich aber auch sagen: Wir wünschen, daß den Beamten als Korrelat dafür, daß ihnen die Streikverbotswirkung erhalten wird (Zehr richtig! rechts.) und da befinden wir uns wieder im

Widerspruch mit der Sozialdemokratischen Partei. Wir leben hier im Landtage bei allen möglichen Gelegenheiten, wie die Herren von den Linken dabei sind, dieses reichsverfassungsmäßige Recht der Beamenschaft zu befeitigen. (Dho! links.) Das halten wir allerdings für unerträglich, daß man auf der einen Seite den Beamten das Streikrecht nimmt, auf der anderen Seite ihnen das Recht auf Lebenslänglichkeit verweigert.

Die Technische Rothhilfe hat sich den Dant aller dexter verdient, die ein Interesse daran haben, daß nicht in solchen Tagen die gesamte Volkswirtschaft zum Teufel geht. Wenn wir nicht die Technische Rothhilfe gehabt hätten, hätten wir in den Großstädten den Betrieb der Gasanstalten sofort einstellen müssen. Es ist unsere Pflicht, den Dank der Technischen Rothhilfe auszusprechen (Zehr richtig! rechts.), und wir verweisen die Technische Rothhilfe darauf, daß sie hier in dem kommunistischen Antrage mit dem Worte "Streikbrecher" bezeichnet wird. (Zuruf links.) Wir werden auch dafür eintreten, daß die Technische Rothhilfe nicht bloß den Dank, sondern, wo es angezeigt ist, auch eine Belohnung bekommt. (Zehr richtig! rechts.) Wir möchten bloß das eine wünschen, daß diejenige Bereitschaft der sächsischen Regierung, die Technische Rothhilfe zur Aufrechterhaltung lebenswichtiger Betriebe einzusetzen, auch dann besteht, wenn es sich einmal nicht um einen Beamten, sondern um einen Arbeiterstreik bei den lebenswichtigen Betrieben handelt. (Abg. Dr. Hübschmann: Zehr richtig!) und daß dann auch insbesondere für Chemnitz keine Ausnahme gemacht wird.

Wir möchten im Interesse der Gesamtheit wünschen, daß sich derartige Vorstöße wie dieser Eisenbahnerstreik nicht wiederholen. (Bravo! bei der Dsch. Sp. und rechts.)

Abg. Dr. Zeyfert (Dem.):

Ich habe eine Erklärung unserer Fraktion vorzutragen, für die ich mir die Erlaubnis erbitte, sie gleich vorlesen zu dürfen:

Die Regierung weiß in ihrer Erklärung vom 9. Februar darauf hin, daß sie, um die schlimmsten Folgen des Eisenbahnerstreiks abzuwenden, den Einsatz der Technischen Rothhilfe genehmigt und den Einsatz der Bahnbetriebsanrichtungen angeordnet, daß sie sich eines Einflusses auf die Reichsregierung enthalten hat. Sie erkennt die Tätigkeit der Rothhilfe und der am Streike unbeteiligten Beamten, Angestellten und Arbeiter, sowie die der Polizei an. Die Sozialdemokratische Fraktion billigt diese Erklärung der Regierung, vermischt in ihr aber einerseits eine Stellungnahme zu dem Streik, andererseits einen Hinweis darauf, wie sie von sich aus dazu beitragen will, der Berührung, ohne die der bedauerliche und scharf zu verurteilende Streik gar nicht verständlich ist, durch geeignete helfende Maßnahmen entgegenzutreten.

Die Anfrage der Abg. Hofmann u. Gen. lenkt die Aufmerksamkeit der Regierung auf Kreise, die nur mittelbar mit der Angelegenheit zu tun haben. So wenig wie den Streik der Eisenbahner selbst billigt die Sozialdemokratische Fraktion irgendwelche Zustimmungserklärung. Die Berechtigung jeder Forderung, darauf hinzuweisen, daß durch das verteilte Schreiben die Mitglieder des Beamtenbundes doch zugleich aufgefordert werden, sich neutral zu verhalten, nichts eigenmächtig zu tun, sondern in allen Stadien die Beschlüsse der Gewerkschaft abzuwarten. Es liegt hieran kein Grund vor, gegen die Urheber des Schreibens irgendwelche bis hin zu einzuschreiten. Dies um so weniger als ja nach der Erklärung der Reichsregierung gegen die am Streik Beteiligten selbst nur dann ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden soll, soweit sie Urheber des Streiks gewesen sind oder soweit sie Sabotageakte verübt oder Gewalt angewendet haben.

Die Sozialdemokratische Partei verurteilt den hinter uns liegenden Streik als schärfste und bedauert, daß sich die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner als Ganzes nicht auf den Standpunkt der Minderheit in ihren eigenen Kreisen gestellt hat, die den Streik abgelehnt und in der klaren Erkenntnis seiner furchtbaren Wirkungen vor ihm gewarnt hat. Er erweist sich um so mehr als unberechtigt, als er nur mit einer geringen Mehrheit im Vorhande, ohne eine Urabstimmung der Mitglieder und zu einem Zeitpunkt begonnen worden ist, zu dem Verhandlungen mindestens angebahnt waren.

Freilich sehen wir nicht an, einen Anteil an der Schuld am Streike auch der Reichsregierung zuschreiben. Es müßte ihr bekannt sein, daß die Verletzung eines großen Teils der mittleren Beamten, daß die Not der unteren Beamten und ihrer Familien täglich zunimmt und schließlich das erträgliche Maß überschreitet. Die begründete Berührung mit einem großen Teile der unteren und mittleren Beamtenchaft zu befeitigen, muß das Bemühen aller dexter sein, denen daran liegt, daß sich solche Vorgänge nicht wiederholen. Sie dürfen sich nicht wiederholen. Wir vertrauen auch den Beamten, die am Streike beteiligt waren, daß sie angesichts der furchtbaren Wirkungen, deren sie selbst doch Zeugen waren, nicht wieder an einen Streik denken werden, wenn sie nur sehen, daß im Reich wirklich Ernst damit gemacht wird, ihre berechtigten Forderungen zu erfüllen. Die Bezüge der notleidenden Beamten sind sofort zu erhöhen und dauernd und fest den Teuerungsverhältnissen anzupassen. Aber auch weitreichende Maßnahmen sind nötig; die noch ausstehenden Steuern sind ungesäumt einzuziehen; die neuen Steuern sind sozial zu gestalten; unbegründete Preissteigerungen sind nachdrücklich entgegenzutreten, gegen Luxus und Verschwendung ist mit allen Mitteln durch entsprechende Maßnahmen einzuschreiten. Wenn die eine Hälfte des Volkes wirklich darbt, soll die andere nicht in Wohlgeleit dahinsinken.

Vor allem müssen durch ein neues Beamtenrecht die Grundbesitzer des Berufsbeamtentums, an denen der Streik rüttelt, auf neue gefestigt werden. Aber das bloße Vertragsverhältnis zwischen Staat und Beamten muß ein höchstes Schiedsgericht vorhanden sein, an das im äußersten Falle beide Teile sich zu wenden, dessen Sprüche sich beide Teile zu fügen haben. Alles dies aber muß geschehen, damit der Gedanke an einen Streik im Beamtentum völlig verschwindet, damit unser Volk vor solchen Krisenfällen, wie dem Eisenbahnerstreik, bewahrt bleibe.

Abg. Wedel (Unabh.):

Der Streik ist ein Ausnahmezustand und er kann mit schönen Rechtsauslassungen und Rechtsvorlesungen nicht an der Wurzel gebastet werden. Ob der Streik berechtigt ist oder nicht, das wird wohl letzten Endes von den Streitenden selbst gefühlt, empfunden und auch beurteilt werden. Die Beamten wollen keine Klausel in der Verfassung: Ihr dürft streiken. So viel Staatsauffassung haben sie auch, aber sie wollen sich das Streikrecht auch nicht durch scharfmacherische Maßnahmen beschneiden lassen, wie sie die Anfrage Nr. 544 enthält. Die Tendenz der Anfrage ist, wieder die Regierung scharf zu machen gegen diejenigen, die gestreikt haben. Wir von der Unabhängigen Partei können unmöglich dieses Treiben unterstützen. Tabet ist die Anfrage nicht einmal in voller Übereinstimmung mit den tatsächlichen Tatsachen gestellt. Aus diesem vertraulichen Rundschreiben des Dresdener Lehrervereins das herauszulesen, was Hr. Abg. Hofmann herausliest, dazu gehört eine ganz eigenartige Logik. Es stimmt auch nicht, daß sich die genannten sächsischen Beamtenorganisationen bewußt gegen den Entsch. des Reichspräsidenten gewendet haben. Dieses Rundschreiben ist vor dem Entsch. des Reichspräsidenten herabgegangen. Eine Dresdener Zeitung hat daran sogar eine Frage gestellt, sie wundern sich, daß Lehrer so etwas schreiben können, die doch die Jugend zum Pflichtbewußtsein erziehen sollen. Das Wort Pflichtbewußtsein ist eine gegenseitige Bindung voraus: Ich habe Pflichten, der andere aber auch; und wenn der Staat seine Pflichten gegen die Beamten nicht erfüllt, dann darf man's den Beamten als den geringeren im Sinne der Antragsteller doch nicht abnehmen, wenn sie ihre Pflicht manchmal verzeihen, wenn der Hunger, die Not ihnen einfach in die Ohren hineinknallt. Das Existenzminimum beträgt jetzt 28 600 M. Welcher Vorkommisführer hat im Anfang seiner Dienstzeit — und er kommt ziemlich bald als Vorkommisführer zur Anstellung — dieses Gehalt? Kann man es Familiensüßmutter, die sehr oft darauf hingewiesen haben, daß das Gehalt so tief ist, vertragen? Will man eine Regierung scharf machen gegen solche notleidende Beamte? Das kann man nur dann, wenn man in geübter Position steht, wenn man eben etwas höher eingestuft ist oder vielleicht durch irgendwelche Betriebe seinen Ragen irgendwie kopfen kann. Hr. Abg. Hofmann hat sehr wichtige Sachen vorgetragen, er hat von einem Verbrechen der Streitenden am Volk und am Staat gesprochen. Man hat es als Verbrechen hingestellt, daß hungernde Beamte streiken. Will man etwa diejenigen, die den Streik nicht mitgemacht haben, die als Streikbrecher genannt werden, als sittlich hochstehende Personen bezeichnen und sie gar noch dafür belohnen? Die Pfarren, die Philologen, die höheren Staatsbeamten und Richter, der sächsische Fliegerbund haben sich von dem Streik abgewandt: ob das gerade von sittlicher Höhe und aus Interesse für den sächsischen Staat geschieht, das möchte ich nach den heutigen Ausführungen entschieden zurückweisen. Hr. Abg. Hofmann sagt, es sei durch die Regierung eine Verwirrung unter die Beamtenchaft getragen worden. Ich glaube, die Beamten erkennen endlich die Verwirrung, in die sie hineingetrieben worden sind durch abwechselnde Lobpreisung auf Seiten der Rechten und abschlägige Bescheide, wenn es galt, Lebensforderungen durchzusetzen. Es ist ein bedenkliches Zeichen, daß nicht nur die unteren Beamten den Streik billigen, sondern daß die Zufriedenheit mit den wirtschaftlichen Zuständen bereits die mittleren Beamten ergreift. Das ist eine Folge des Krieges, diese Kriegsverletzung, die hinausgeht bis in die Kreise, die sich gar nicht zum Proletariat rechnen wollen. Die Beamten haben gesehen, wie die Kräfte durch den Streik, sie haben gesehen, wie die Landwirte durch den Lieferungsstreik, sie haben weiter gesehen, wie Fabrikanten durch Zurückhaltung ihrer Ware bis zu besseren Zeiten, also auch durch eine Art Streik, ihre Lage verberstern. Die Beamten hat man jederzeit betrogen: „Ihr kommt schon noch dran, Ihr seid die Stützen des Staats, Euch wird schon noch geholfen werden.“ Diesmal ist es aber den Beamten denn doch zu bunt gewesen, und gerade die Reichsgewerkschaft, die doch meist ihre Mitglieder den Sozialdemokraten und der Deutschen Volkspartei zufindet, ist aus einer sehr milden Regierungsabhängigkeit zu einer sehr wilden Gewerkschaft geworden. Die Reichsreformenden Denkungsart hat sich eben einmal, um mit Schiller zu reden, in gärenden Trankgeist verwandelt.

Und zu dieser wirtschaftlichen Not kommt nun noch eine andere Not hinzu: die Behandlung, die die Beamten auch jetzt noch im neuen Staate erfahren. Der Greener, einen früheren General als Reichsminister eingeleitet hat, ist eigentlich mit Schuld an diesem Streik. Es müßte doch nun eigentlich in diesem neuen Staate anerkannt werden, daß ein General wohl zu allem anderen fähig ist, aber nicht zu der Stellung eines führenden Ministers den Arbeitern gegenüber. Die rechtsredende Presse hat dazu in einer rührenden Weise gegen die Beamten, sagen wir einmal, vom Veder gezogen, sie hat Milliardenforderungen in die Welt hinausgeschrien, die gar nicht mit der Wirklichkeit übereinstimmen. Sie fordert die Axtur des Harnen Hannes. Wir von der Linken könnten für die Art und Weise, wie heute gegen die Beamten vorgeht, werden ist, eigentlich nur dankbar sein, wenn wir parteigebillich dächten. Aber ich sehe auf

einem anderen Standpunkt; ich bezweifle, ob wirklich viele aus der Reichsgewerkschaft auf den letzteren Tatsachen die Folgerung ziehen werden (Zehr gut! links.), die sie heute in dem Blatte zum Ausdruck bringen: Bestellt die Presse ab, die Euch so schändlich belogen hat! Ich bezweifle es. Die Partei der Rechten hat bisher immer nur die Beamten gelobt und sie hervorgehoben, wenn sie ihr gefällig waren. Heute ist man so weit, daß man die Beamten revolutionär, ja noch schlimmer, kommunistische Deyer nennt. (Zuruf bei den Kom.: Wöber hat man sie genannt!) Und was man nun gegen diese Beamten in Kreisen, die den Rechtsparaten nahe stehen beabsichtigt, das darf ich wohl zum Abschluß meiner Ausführungen vorlesen. Die Zeitschrift „Mar und Palm“ schreibt unter „Streikbrecher“:

Mit schönen Redensarten, Entlassungen, erreicht man nichts, sondern mit den Mitteln, die im freien Amerika und dem republikanischen Frankreich sehr schnell angewendet werden, die rücksichtslose Gewalt. Stellt man die verantwortlichen Deyer, die die Arbeitermassen aus eigener Gewinnsucht aufheben, an die Wand, läßt jeden Humanitätsdudel beiseite, dann wird sich in Kürze das Bild erschaulich ändern. ... Der heutige Volkserober ist nur auf operativen Wege zu heilen. Derjenigen Regierung, die sich zu diesem operativen Eingriff entschließt, gehört die Zukunft.“

Es ließe wohl die Wirkung abzuwachen, wenn man dazu noch irgendein Wort hinzulegte. Wir von der Unabhängigen Partei stimmen auch dem Antrag der Kommunistischen Partei zu. (Abg. Blüher: Natürlich!) Ich würde nur darum bitten, daß eine kleine Redaktionsänderung vorgenommen wird, indem gesagt wird: „ihre Forderungen beifügen“. Wir müssen aber weiter daran denken: was soll geschehen, damit derartige Streiks nicht wieder vorkommen? Die starke Faust allein, die Maßregelung allein und die härtesten Gesetze werden solche Streiks nicht verhindern, wenn wir nicht endlich die wirtschaftlichen Verhältnisse so gestalten, daß ein sozialer Ausgleich zwischen den oberen und unteren Schichten stattfindet. Von hier aus muß ich allerdings den Beamten zurufen: „Überlegt euch bei jeder Wahl, ob ihr durch eure Stimmzettel zu diesem sozialen Ausgleich mitbeitragt.“ Wir hoffen, daß die Beamtenchaft uns, die wir von der Linken ganz andere Forderungen als sie selbst bisher vertreten haben, helfen, in unseren Forderungen unterliegen und dann vielleicht Zustände herbeiführen werden, die denartigen Streiks unmöglich machen. (Bravo! links.)

Abg. Börner (Dschm.):

Wie meine Freunde und ich zum Beamtenstreik und zu dem Beamtenrecht stehen, hat bereits Hr. Abg. Hofmann vorgetragen. Wir sind der Meinung, daß der Beamte nicht in dem Sinne Arbeitnehmer ist wie der Arbeiter. Die Beamten als Gewerkschaft im Sinne der Arbeiter kommen nicht in Frage. Ein Streikverbot hat der Beamte nicht, kann er nicht haben. Auch der sozialdemokratische Finanzminister Dr. Zeyfert, der unterhalb Erberger und der Hr. Minister Vincke haben sich gegen den Streik erklärt. Nach der früheren Kriegsminister Rede, der heutige Oberpräsident von Hannover, hat sich gegen den Streik geäußert und hat bereits am 27. Juni 1919 eine Verordnung zur Sicherung des Eisenbahnbetriebes erlassen, die ein Streikverbot enthält. Aber auch heute mußte damals schon diese Verfügung ausreichen, sobald nur einer die Arbeit ausnahm, es konnte also keine Verfügung ebenförmig durchhalten wie diesmal der Hr. Oberl. Das sind nun anscheinend Widersprüche, aber nur anscheinend, denn es liegt ein gewisses System darin, man legt erst die Beamten hinein in die Gewerkschaften, will ich einmal sagen, man tut, als wenn der Staat etwas ganz Besonderes für die Beamten tun wollte (Zuruf links: Sie sind doch auch darin!), in Wirklichkeit will man aber das Berufsbeamtentum zerstören. So liegt die Sache in Wirklichkeit. Wir sehen es ja jeden Tag, daß die Grundbesitzer, auf denen das Beamtentum aufgebaut ist, nicht mehr beachtet werden, nicht mehr in Zahlen und nicht nicht wo anders, wo sozialdemokratische Kreise regieren. Im alten jetzt so genannten Staate war ein Beamtenrecht ein Unling. Keiner Organisation wäre es eingefallen, dem Staate, dessen ausführende Organe ja die Beamten sind, den Kampf bis aufs Messer anzuliegen. Was während des Krieges, als andere Leute schon angingen, sich zu bereichern, als die Arbeiter in der Heimat große Verdienste hatten, die neuen Herren in den Kriegsgewerkschaften ihr Unwelen trieben, da mußten die Beamten sich beiseite, und mit dieser damals noch ungehörigen Säule des „verrotteten alten Systems“ machten dann die Herren die Revolution, und nur mit diesen Beamten konnten sie die Revolution durchführen, und nur mit diesen Beamten können sie sich heute noch halten. So liegt die Sache in Wirklichkeit.

Was ist nun aus dieser Beamtenhülle geworden? Man hat an ihr herabgemacht von allen Seiten und man meißelt täglich, aber wehe dem Staat, wenn die Beamtenhülle etwa zusammenbrechen sollte, dann folgt nämlich auch das deutsche Haus, das ist unbedingt damit verbunden. Wer hat nun die Schuld daran (Zuruf links: Sie!) und wer ist derjenige, der die Beamtenhülle zermeißeln will? Sicherlich verantwortliche Führer und uns bekannte Regierungsmitglieder, die tatsächlich eben, wie ich schon sagte, mit den Beamtengrundbesitzern, ich will einmal sagen, Schindler treiben. Es ist tatsächlich den Regierungsmitgliedern und den verantwortlichen Gewerkschaftsführern gelungen, das Beamtenrecht gewissermaßen zu untergraben. Das ist aber kein Kuhmesblatt; (Lachen links!) denn immer schon in der Weichheit, schon bei den alten Römern und Griechen war es so. (Zuruf links!) daß das Beamtentum gut war, wenn die Regierung gut war, und das Beamtentum schlecht war, wenn die Regierung nicht tauchte. (Lachen und Zuruf links.) Dr. Abg. Wedel hat vorher gesagt, wir seien es gewesen, die die Beamten in den Streik hineingetrieben hätten. Er verwechselt die Begriffe, nicht die Vertreter der rechten Seite des Hauses

sind es gewesen, die den Beamten in den Streit hineintreiben. Nein, wie ich schon ausführte, von der linken Seite ist es geschehen, und zwar mit System, ununterbrochen. (Abg. Wedel: Von unserer Partei war niemand dabei!) Die größte Schuld hat sicherlich die Reichsregierung und nicht zuletzt auch die sächsische Regierung, namentlich deswegen, weil die neue Regierung oder die Regierung im neuen Staate nicht mit kleinen Verbänden verhandeln wollte, sondern verlangte, daß jeder Beamtenbund sich in die Gewerkschaft aufnehmen ließe, und das ist der Schaden, um den es sich handelt. Die Gewerkschaften sind neben den heutigen Regierungen das Übel, um das es sich handelt. (Lachen. — Abg. Schneller: Was sind Sie für ein Entdecker gewesen!) Nur mit allerlei Vorwänden hat man die Beamten in die Gewerkschaft hineingelockt. Aber das ist ja kein Wunder, das ist ja sozialdemokratischer Parteigrundsatz, denn die Beamten waren ja schon immer das rote Tuch, gegen das die Sozialdemokraten Stellung nehmen mußten infolge ihrer Parteigrundsätze.

Der Hr. Minister Hellisch hat am 20. Januar in Meissen eine Rede gehalten, in der er die Beamten des alten Staates belolten nennt. Er wies ihnen Kadavergehörigkeit vor, verweist die Prüfungen in die Kammerkammer und sagt, dadurch würden Streber und Schmarotzer großgezogen. Geld müßte den Beamten lieber sein, als Titel und Rang. Das ist sicherlich unverantwortlich von einem Minister. (Lebhafte Widerprüfung links.) Man kann gewiß sagen, daß es eine indirekte Aufforderung zum Streit. (Zuruf bei den Kom.: Widdjinn!) Die Beamten müßten Bundesgenossen der Arbeiter sein. (Zuruf bei den Kom.: Sehr richtig!), die Beamten seien Bürger niedrigerer Klasse, das stimmt, heute ist der Beamte Bürger niedrigerer Klasse, aber im alten Staate war das nicht so schlimm wie heute. Sie wissen das ganz genau, die Regierung braucht sich also nicht zu wundern, wenn heute ein Streit irgendwo zu verzeichnen ist. Ubrigens ist das ja nicht der erste Beamtenstreik, der sich abspielt. Beim Kapp-Butsch wurden die Beamten zum Streifen angewiesen, damals hat die Regierung den Beamten das Streifen geliebt. (Lebhafte Sehr richtig! rechts. — Lachen links.)

Auch bei uns handelt es sich darum, daß wir einen Beamtenstreik rechtlich nicht anerkennen. Auch wir wünschen, daß die Anstellung der Beamten gewählter bleibt. Auch wir wünschen vor allen Dingen aber, daß die Bezahlung so statfindet, daß der Beamte leben kann. Sie scheitern immer den alten Staat, aber die Sache liegt so: Im alten Staate konnte der Beamte leben, er konnte sich heiden. Das kann er heute nicht mehr. Er muß schon ganz hochsteigen, ehe er in der Lage ist, sich die notwendigen Kleider und notwendige Wünsche kaufen zu können. Das sehen Sie schon daran (Zuruf links: Und wer ist daran schuld?), daß mehr als ein Monatsgehalt notwendig ist, um einen Anzug zu kaufen. Früher konnte der mittlere Beamte mit einem einzigen Monatsgehälte drei und vier Anzüge

sich leisten. Das war das alte System, im jetzigen Staate ist das nicht mehr möglich. (Abg. Schmeich: Sie haben wohl den Kriege verdrängt!) Auch uns liegt nicht etwa daran, daß die Regierung etwa Rache an demjenigen nimmt, die nun gestreift haben. Im Gegenteil, mit Rücksicht auf die Lage, mit Rücksicht auf unsere ganze Volkswirtschaft ist zu wünschen, daß man diesmal davon absteht, etwa allzu große Strafen zu diktieren. (Zuruf bei den Kom.: Aber das nächstemal!) Wir müssen bedenken, daß die Beamenschaft durch die Regierungen, durch das System der Verbeugung von oben erst in den Streit getrieben worden ist. (Zuruf links: Durch Groener!) Es ist vorhin von der Befolgung der Beamten gesprochen worden. Es ist gesagt worden, wir hätten im Befolgungsausschuß nicht unsere Pflicht getan. Wer im vorigen Jahre die Arbeiten mit geleistet hat im Befolgungsausschuß, wird ganz genau wissen, was dort geleistet worden ist, der wird auch wissen, daß uns die Hände gebunden waren und es uns unmöglich war, mehr zu tun als geschehen ist, weil der Reichsfinanzminister eben durch sein Sperregeiz jede weitere höhere Einkufung verbieten konnte und verboten hat. (Zuruf links: Das war kein sozialistischer Minister! — Abg. Siewert: Warum haben Ihre Freunde im Reichstag gegen jeden Verbesserungsantrag gestimmt? — Sehr richtig! links) Uns lag gerade daran, die Rinderdemittellen höher einzuführen. Ganz besonders habe ich selbst mitgewirkt für die Beamten der 3., 4., 5. und 6. Gruppe. Und im 23. Ausschuß in Berlin ist alles getan worden, um den Beamten zu ihrem Rechte zu verhelfen. Bei Beratung der Gehälter ist dort von unserer Seite gewünscht worden, daß die Gehälter automatisch der Teuerung entsprechend ausgezahlt werden sollen. Auch wir wünschen, daß ein solcher Streit sich nicht wiederholen möchte im Interesse unseres Volkes und im Interesse unserer Wirtschaft.

Präsident:

Es ist ein Antrag eingegangen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu beauftragen, daß sie die Reichsregierung ersucht, sich bei den ihr notwendig erscheinenden Disziplinierungen streng an die von ihr selbst gezogenen Richtlinien zu halten und vor allem dafür zu sorgen, daß in Hinblick auf die Notlage der unteren und mittleren Beamten deren berechnete Forderungen in der Befolgungsordnung ungekürzt erfüllt werden.

Dr. Seyfert.

(Zuruf links: Das ist wieder ganz demokratisch!)

Auf Antrag des Abg. Arzt (Soz.) wird hierauf Schluß der Aussprache beschlossen. Auf der Rednerliste stand noch Abg. Biller (Dtschnat.). Mit dem Schlußwort des Antragstellers Abg. Siewert (Kom.) und einer sachlichen Richtigstellung des Abg. Castan (Soz.) ist die erste Beratung beendet. Die

zweite Beratung, für die vom Präsidenten als Berichterstatter die Abg. Müller (Leipzig) [Unabh.] und Dr. Seyfert (Dem.) ernannt werden, und die Abstimmung über den vorliegenden Antrag Dr. Seyfert (Dem.) findet in der nächsten Sitzung, Donnerstag, den 23. Februar, statt.

Die Tagesordnung für die nächste Sitzung lautet:

1. Zweite Beratung über den Antrag der Abg. Rißel und Renner, den Eisenbahnerstreik betreffend.
2. Zweite Beratung über Kap. 23a (Landestheater) des Rechnungsbereichs auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922 und die hierzu vorliegenden Eingaben sowie über die Vorlage Nr. 102, die Schaffung der Stelle eines Generalmusikdirektors bei den Staatstheatern betreffend. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 568.)
3. Zweite Beratung über Kap. 95 (Seminare) des Rechnungsbereichs auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922. (Anderweiter mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 517 und 571.)
4. Zweite Beratung über Kap. 62 (Botanischer Garten und Pflanzenphysiologische Versuchsanstalt zu Dresden) des Rechnungsbereichs auf die Jahre 1918 und 1919 und über Kap. 92a (Botanischer Garten in Dresden) des ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921 sowie über die hierzu vorliegenden Eingaben. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses A, Drucksache Nr. 572.)
5. Zweite Beratung über Kap. 3 des Rechnungsbereichs auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 (Kalkwerte) sowie über Kap. 7 des ordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921 (Kalkwerte) und über Tit. 7 des außerordentlichen Staatshaushaltsplans auf das Rechnungsjahr 1921 (Kapitalbedarf der Rarmor- und Kalkwerke). (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses B, Drucksache Nr. 569.)
6. Zweite Beratung über Kap. 79 des Rechnungsbereichs auf die Rechnungsjahre 1918 und 1919 sowie der ordentlichen Staatshaushaltspläne auf die Rechnungsjahre 1921 und 1922 (Straßen- und Wasserbauverwaltung) und über hierzu vorliegende Eingaben. (Mündlicher Bericht des Haushaltsausschusses B, Drucksache Nr. 570.)

7. Erste Beratung über den Antrag des Abg. Renke u. Gen., die Einstellung von Arbeiterzügen für die bei dem Eisenwerk Lauchhammer in Meisa beschäftigten Arbeiter betr. (Drucksache Nr. 565.)
8. Erste Beratung über den Antrag des Abg. Barthel u. Gen. auf Wiedereinführung von Eisenbahn-Schülerfahrten für einzelne Wochentage. (Drucksache Nr. 573.)

Es folgen noch einige geschäftliche Mitteilungen des Präsidenten, u. a., daß Hr. Abg. Schwarz (Soz.) aus dem Finanzausschuß B ausgetreten ist, daß an seine Stelle Hr. Abg. Schurig (Soz.) tritt und an dessen Stelle Hr. Abg. Rißel (Soz.) in den Prüfungsausschuß eintritt.

(Schluß der Sitzung 10 Uhr 1 Min. abends.)

Beim Landtag

neu eingegangene Drucksachen:

Nr. 573. Antrag des Abg. Barthel (Unabh.) u. Gen.:

Der Landtag wolle beschließen:

die Regierung zu ersuchen, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei der Eisenbahn die Einrichtung der Schülerfahrten für einzelne Wochentage, die durch die jetzt geltenden Tarifbestimmungen aufgehoben sind, wieder eingeführt werden.

Nr. 574. Antrag des Abg. Schneller (Kom.) u. Gen.:

Der Landtag wolle beschließen:

die Regierung zu ersuchen, dem Landtag alsbald einen Gesetzentwurf über Einführung der kollegialen Schulverwaltung an höheren Schulen vorzulegen.

Nr. 576. Anfrage des Abg. Friedrich (Dtschnat.) u. Gen.:

Der Hr. Minister Hellisch hat am 16. Februar bei Beantwortung der Anfrage Biller in Aussicht gestellt, daß die sächsische Regierung sich bei der Reichsregierung energisch für ein Umlageverfahren für Kartoffeln aus der Ernte 1922 einsetzen werde. Die Aussicht auf teilweise Rückkehr zur Zwangswirtschaft ist geeignet, in Erzeugerkreisen große Beunruhigung zu erregen. Ein Umlageverfahren ist auch mit einer Preisfestsetzung verbunden. Ist die Regierung in der Lage schon jetzt die Umlagepreise zu nennen? Dieser Preis wird bestimmend dafür sein, ob die Landwirte gute und teure Saatware kaufen und künstlichen Dünger anwenden können.